

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Verkehrsproblematik Gebiet Rudersdorf

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um ein für viele in diesem Haus bekanntes Problem, nämlich die Verkehrsproblematik im Gebiet Rudersdorf. Hier ist es so, dass war ja auch schon immer wieder Thema, die Verkehrsproblematik in dieser Gegend, dass wir zum einen ein sehr dicht besiedeltes Wohngebiet haben, zum anderen hier eine starke Kombination des Wohngebiets mit einem entsprechenden Industriegebiet, und es gibt hier namhafte Grazer Unternehmungen, die zum Beispiel in der Auer-von-Welsbachgasse ihre Standorte haben und natürlich auf Grund der Tätigkeiten dieser Großunternehmungen fließen dort nicht nur tausende Pkws täglich in der Rudersdorferstraße und in den benachbarten Straßen, sondern auch tausende Lkw, die natürlich hier für entsprechende Probleme sorgen. Die Problematik, wie gesagt, ist ja bereits längere Zeit bekannt, es ist auch nicht so, dass nichts passiert ist, es wurde zumindest im April des heurigen Jahres im Zusammenhang mit einem Institut hier an entsprechenden Konzept gearbeitet, gemeinsam mit den Bewohnerinnen, mit den Bewohnern des betroffenen Gebiets, gemeinsam auch mit der Nachbargemeinde Feldkirchen und es wurde auch ein entsprechendes Verkehrsberuhigungskonzept der Bevölkerung präsentiert. Dieses Konzept sieht unter anderem wirklich Maßnahmen vor, die zu einer wesentlichen Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität und zu einer wesentlichen Reduzierung des täglichen Kfz-Verkehrs von rund 6.500 auf 1.800 Kfz pro Werktag führen.

Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang mit diesem Konzept Rudersdorf nimmt eine Erschließungsstraße ein, die den belastenden Lkw-Verkehr auf kürzestem Weg aus dem Wohngebiet leitet. Diese Erschließungsstraße, und deshalb jetzt auch der Grund unseres dringlichen Antrages, ist nicht nur notwendig, sondern es ist vor allem deshalb wichtig, dass diese Erschließungsstraße nunmehr geplant wird, da es ja im Zuge dann des möglichen Südgürtelausbaus hier notwendig ist, dass diese Erschließungsstraße auch in den neu zu bauenden Südgürtel entsprechend

eingebunden wird, um hier eine entsprechende Linksabbiegemöglichkeit und eine Weiterführung des Lkw-Verkehrs in Richtung Verteilerkreis West zu gewährleisten.

Das ist das eine Thema, zum anderen auch noch natürlich ein wunder Punkt, und ich hoffe ja hier vor allem auch auf die Zustimmung jener Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die sich vor allem auch um den öffentlichen Verkehr annehmen, weil es ja bekanntlicherweise so ist, und das dürfte allen Fraktionen bekannt sein, dass die international renommierte und anerkannte Firma XAL hier sich bereit erklärt hat, auch auf ihrem eigenen Grund eine Umkehrschleife für eine neu zu errichtende Buslinie hier einzurichten, aber von diesem Angebot wurde bis dato seitens der Stadt überhaupt kein Gebrauch gemacht. Wenn man davon ausgeht, dass in diesem Gebiet nicht nur die Firma XAL, sondern auch die Firma Aso und weitere Firmen ihren Sitz und ihren Standort haben und immerhin rund 600 Beschäftigte (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) in dieser Gegend wohnen, glaube ich, ist auf alle Fälle die Zurverfügungstellung eines öffentlichen Verkehrsmittels hier unumgänglich. Aber auch das Verkehrsberuhigungskonzept von Verkehr^{plus} sieht diesen Ausbau vor, konkret wie gesagt, die ÖV-Sticherschließung von der Auer-von-Welsbach-Gasse und dann natürlich auch eine Verbesserung der Haltestellensituation, die zur Zeit auch wenig zufriedenstellend ist.

Darüber hinaus gibt es aber weitere ‚unter Anführungszeichen‘ „Baustellen“ in dieser Gegend, so fehlen eine Reihe von Geh- und Radwegen, die auch dringend notwendig wären und dass endlich dieses Provisorium, das dort zum Teil herrscht, dass mit Pflöcken hier eine gewisse Sicherheit für Fußgänger erzielt werden soll, endlich hier ein Ende hat und durch ordentliche, sichere Rad- und Fußwege ersetzt wird. Diese begleitenden Maßnahmen machen natürlich nur dann Sinn, wenn sie von einem großen Teil der Bevölkerung auch getragen werden, deshalb sind eben, wie gesagt, auch diese Maßnahmen nach einem Jahr zu evaluieren, ob es nicht notwendig ist, da oder dort bei diesen genannten Maßnahmen hier entsprechende Änderungen, Ergänzungen vorzunehmen und nachdem heute zum ersten Mal bei mir auf die Zeit aufmerksam gemacht wurde, die bisher anscheinend bei meinen Vorredner keine Rolle gespielt hat, darf ich jetzt zum

d r i n g l i c h e n A n t r a g

kommen, der wie folgt lautet:

Die Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker möge im Rahmen ihrer Ressortzuständigkeit das im April vorgelegte Verkehrsberuhigungskonzept Gebiet Rudersdorf, insbesondere die Errichtung der Erschließungsstraße von der Auer-Welsbach-Gasse zur Puntigamer Straße, zügigst weiterverfolgen und die Bevölkerung ebenso wie den Gemeinderat über den zeitlichen Ablauf und den Stand der Detailplanung umgehend informieren.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit und darf euch bitten im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch im Interesse der Wirtschaft in diesem Bereich von Graz um eure Zustimmung. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne nochmals aufmerksam machen auf unsere Redezeiten, und zwar der Antragsteller hat jeweils fünf Minuten zur Verfügung und bei der Diskussion dann von jeder Rednerin oder Redner drei Minuten, ich bitte, das bitte einzuhalten.

GR. **Hagenauer** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Was den Punkt anbelangt des vorliegenden dringlichen Antrages, die Erschließung des Geländes mit öffentlichem Verkehr, hat es dazu eine Befragung der Gewerbebetriebe gegeben und an diesem Montag eine Kommissionierung stattgefunden einer Haltestelle, das heißt, man kann davon ausgehen, dass der Bus in den nächsten Wochen seinen Betrieb aufnehmen kann und das Firmengelände beziehungsweise die Betriebe dort in dem Bereich Rudersdorf erschlossen werden. Es wird auch am Gasometerweg eine entsprechende Haltestelle auch noch zusätzlich eingerichtet werden. Allgemein zu dem Projekt Rudersdorf ist zu sagen, dass es in der Tat eine lange Geschichte hat, ich war selbst dabei bei der Präsentation dieses Projektes, das ein wegweisendes ist, im seinerzeitigen Brauhaus Puntigam. Nur wenn jetzt, nicht jetzt auch von Seiten der Sozialdemokratie, gegen den überwiegenden Willen der

Bevölkerung dort, zumindest war das also mein Eindruck, noch Änderungswünsche eingebracht werden, dann werden die geprüft, nur dass das eine Verzögerung mit sich bringt ist auch klar, woraus man dann umgekehrt nicht den Schluss ziehen kann, dass es hier von Seiten des zuständigen Ressorts Versäumnisse gäbe. Mit anderen Worten, die Grünen können also Ihrer Argumentation, dass hier eine Zeitverzögerung eingetreten sei durch Versäumnisse des Ressorts der Frau Vizebürgermeisterin und daher eine Dringlichkeit bestünde, in keiner Weise folgen. Zum Teil sind die Sachen umgesetzt, zum Teil sind sie zu prüfen, zusammen mit den Anrainern, wie richtig festgestellt wurde, das geschieht auch laufend und man wird sehen, was dann dabei herauskommt. Also keine Dringlichkeit aus unserer Sicht (*Applaus Grüne*).

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klaus! Du hast ja, was ich mich erinnern kann, auch bei der Abschlusspräsentation oder zumindest bei der Bezirksversammlung, wo es sich auch um die Thematik in Rudersdorf gehandelt hat... Wie gesagt, die ÖVP-Fraktion schließt sich im Prinzip der vorgetragenen Meinung vom Kollegen Hagenauer inhaltlich an, das Konzept Rudersdorf ist auch nach der Abschlusspräsentation noch in Diskussion geblieben. Es gab einige Interessen, die sich nicht ausreichend berücksichtigt gesehen haben, und da gab es jetzt im Nachhinein noch einiges an Abstimmungen bis zuletzt. Ich habe gestern noch einmal mit dem Bezirksvorsteher Kern telefoniert, und das Ganze ist sozusagen in Umsetzung, aber hat natürlich noch einiges an Abstimmungsnotwendigkeiten mit gewissen Quartieren in Rudersdorf gebraucht und ist jetzt eigentlich in der Zielgeraden. Ich denke, dass sicher bei der Bezirksversammlung nächste Woche in Puntigam dort auch entsprechend die Sache von Seiten der Bezirksvorstehung dargestellt wird. Wir sehen daher jetzt auch keine Dringlichkeit in deinem Antrag, die Inhalte sind im Prinzip die Inhalte des Verkehrskonzeptes und entsprechen der Abschlusspräsentation, was mich nur ein wenig wundert ist, dass ja das Verhalten eurer Bezirksvorstehung oder eurer Fraktion im Bezirksrat sich dann nach der Abschlusspräsentation; doch etwas geändert hat. Also ich kann mich erinnern, dass der Bezirksvorsteherstellvertreter dann einen Teil, eine Meinung eines Teiles der Bevölkerung unterstützt hatte und das gesamte Projekt nicht mehr in dem Ausmaß unterstützt hat, deswegen muss ich ehrlich sagen, ich bin mir da bei euch manchmal

nicht in der Verkehrspolitik nicht ganz sicher, ob ihr eurer Konzept bei einem Schleuderkurs entwickelt habt, oder ob ihr da euch vielleicht zwischen Bezirk und Stadt nicht ganz einer Meinung seid. In diesem Sinne ist es für uns nicht dringlich, der Inhalt, den unterstützen wir im Prinzip, aber der ist in Umsetzung (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger:** Also, seid mir bitte nicht böse, meine lieben zwei Kollegen Hagenauer und Mayr, aber was ihr hier da zum Besten gegeben habt, ist ja wirklich umwerfend. Wenn ihr wenigstens so ehrlich sein würdet, an das Rednerpult treten würdet und sagen, weil das der Antrag nicht der Koalition ist, sondern der Opposition, sind wir dagegen. Aber was hier versucht wird von eurer Seite, an Argumenten zu bringen, dass ihr gegen diesen Antrag seid,...

Zwischenruf GR. Mayr: Wir sind gegen die Dringlichkeit.

GR. **Eichberger:** ...wo keine einzige Kritik jetzt gegenüber der Frau Vizebürgermeister drinnen ist, sondern lediglich das Ersuchen, zügig jetzt hinsichtlich dieser Stichstraße aktiv zu werden, auf der anderen Seite gleichzeitig zugegeben wurde, es ist bis jetzt noch relativ wenig realisiert worden (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), geht es lediglich jetzt um diese dringliche Ersuchen, weil wenn nicht jetzt diese Stichstraße konzipiert, geplant, gebaut wird, ist für immer und ewig im Falle des Südgürtelneubaues diese Stichstraße unmöglich beziehungsweise bringt nichts mehr und deshalb bin ich mehr als enttäuscht, und anscheinend geraten hier also auch Zusagen, Inaussichtstellungen des Herrn Bürgermeisters selbst in der eigenen Fraktion in Vergessenheit, wenn, und ich weiß nicht (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ob der Herr Redakteur Richter noch da ist, wenn ich hier also einen Zeitungsartikel der Kronen Zeitung vom 3. Mai 2009 hier lese, dass der Herr Bürgermeister sich in dieser Angelegenheit sehr stark gemacht hat und gesagt hat, hier gehört endlich etwas getan, das war am 3. Mai 2009, heute haben wir den

19.11.2009, also sechs Monate später, und dann kommen die zwei Koalitionsfraktionen daher und erkennen keine Dringlichkeit, obwohl sechs Monate jetzt nichts getan wird. Es ist eine Schande für die Rudersdorfer und ich freue mich schon, wenn ich am kommenden Dienstag bei der Bezirksversammlung in Puntigam die Haltung der Grünen und der ÖVP dort kundtun darf, die nämlich in der Lösung ihrer Probleme tausender Puntigamerinnen und Puntigamer hier keine Dringlichkeit, keine Notwendigkeit und nichts sehen und die Menschen dort mit ihren Problemen im Stich lassen und ich bin von euch mehr als enttäuscht (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Bevor wir zum nächsten Antrag kommen ein Hinweis und zwar ist der Antrag von Klubobmann Armin Sippel über die geplante Zusammenlegung der Bezirksämter nicht zulässig und zwar deshalb, weil er eine organisatorische Änderung beinhaltet, die bei dringlichen Anträgen eben nicht zulässig ist.

GR. **Herper** zur Geschäftsordnung: Werter Vorsitzender, lieber Gerhard, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte aus aktuellem Anlass auf Grund des § 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Stadt Graz eine Unterbrechung der Gemeinderatssitzung beantragen und eine Einberufung einer Klubobleutekonferenz. Das letzte Mal in der Gemeinderatssitzung wurden von zehn dringlichen Anträgen vier zurückgeworfen, das war zu Eingang der Bekanntgabe der Dringlichen durch den Herrn Bürgermeister, diesmal war es sozusagen etwas salopper, Gerhard Rüsch hat es auf Nachfrage jetzt natürlich bekanntgegeben. Es ist nicht die Methode, die

uns hier in diesem Hause zuträglich ist (*Applaus SPÖ*). Keine Auskunft zu erhalten über Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit, weder den AntragstellerInnen die Möglichkeit zu bieten, Gegenargumente auszutauschen oder Informationen einzuholen, weder die Möglichkeit, minimalste Adaptierungen vornehmen zu können, da erst beim Aufruf der Dringlichen erst bekanntgegeben wird, welcher Dringliche auch zugelassen wird oder nicht, widerspricht den demokratischen Spielregeln und Gepflogenheiten dieses Hauses. Ich sehe, die Magistratsdirektion steht allen Fraktionen, ich unterstreiche ausdrücklich allen Fraktionen, als Einrichtung zur Verfügung und muss es auch in Zukunft bleiben und auch sein. Ich halte also die Form, wie umgegangen wird mit den Dringlichen, ihrer Zulässigkeit oder nicht, Nichtzulässigkeit für indiskutabel. Deswegen schlage ich vor, dass wir in einer Klubobleutekonferenz die künftige Vorgehensweise beratschlagen, denn es ist weder klar, wer diese Entscheidung trifft, es ist weder klar, dass die AntragstellerInnen nicht die Möglichkeit derzeit bekommen, gehört zu werden, es ist nicht geklärt, dass es ihnen möglicherweise verwehrt wird und nach Möglichkeit verwehrt wird, Adaptierungen oder Veränderungen vorzunehmen, obwohl dies die Geschäftsordnung vorsieht. Deswegen ersuche ich dringend diese Einberufung und die Unterbrechung dieser Sitzung, wir müssen hier Klarheit schaffen im Interesse unserer eigenen demokratischen Geflogenheiten. Danke (*Applaus SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Ich kann das nur unterstreichen, was Klubobmann Herper gesagt hat und was den Applaus von fast allen Fraktionen hier in diesem Haus, bis auf eine, gefunden hat. Es schleicht sich hier eine Art und Weise ein, mit den Initiativen des Gemeinderates umzugehen, die mich sehr bedenklich stimmt. Ich darf Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, noch einmal zurufen, dass Sie es waren, die am 20. Jänner 2008 gewählt worden sind und nicht pragmatisierte Beamte am Gängelband von Parteien. Über das müssen wir uns einmal klar werden. Auch im Umgang mit uns selbst und in unserer Achtung gegenüber uns selbst. Nicht pragmatisierte Beamte oder Unterläufeln diktieren hier in diesem Haus, was zu tun ist oder zu machen ist....

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Bitte, um eine gerechte Wortwahl.

GR. **Grosz:** ...sondern immerhin noch die gewählten Mandatarinnen und Mandatare dieser Stadt. Und daher halte ich das, was sich die letzten Gemeinderatssitzungen hier eingeschlichen hat, dass man einfach so ohne ein Muh oder ein Mah Initiativen von Gemeinderäten ablehnt, ob sie einem inhaltlich passen oder nicht, für falsch. Die sogenannte Magistratsdirektion...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist wieder unzulässig.

GR. **Grosz:** ...argumentiert die Nichtzulassung dieses Antrages mit einem Eingriff in die Struktur, weil man Strukturen der Stadt Graz durch diesen Antrag ändern will. Also wenn ich diesen Antrag, jetzt habe ich wirklich geschüttelt und gerüttelt, dass da irgendeine Änderung unten herauskommt, das Einzige, was hier unterm Strich zum Ausdruck kommt ist, dass man etwas beibehalten will und eine politische Diskussion darüber führen will, inwieweit die Stadt Graz zur Daseinsvorsorge Serviceleistungen anbietet oder nicht. Weder werden in diesem Antrag Abteilungen gefordert, weder werden in diesem Antrag Abteilungen geschaffen noch wird in diesem Antrag eine Geschäftsordnungsreform angeregt, noch werden in diesem Antrag Ressorts verteilt oder Ressortzuständigkeiten neu geredet. Dieser Antrag der freiheitlichen Fraktion betrifft ausschließlich die Diskussion darüber, inwieweit die Diskussion in Zukunft...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Herr Gemeinderat, es geht zur Geschäftsordnung, es geht hier nicht um einen inhaltlichen Beitrag.

GR. **Grosz**: So ist es. ...inwieweit in Zukunft die Diskussion zu führen ist, inwieweit wir in Zukunft die Serviceleistungen in Graz anzubieten haben und keinesfalls eine Änderung. Daher unterstütze ich auch die sofortige Einberufung einer Klubobleutekonferenz, rege an, dass die Fraktionsvorsitzenden, in dem Fall für uns um Mag. Mariacher zu erweitern, und beantrage auch die Sitzungsunterbrechung.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne, bevor es weitere Wortmeldungen zu Geschäftsordnung gibt, möchte ich gerne die Frau Dr. Hammerl als Stellvertreterin des Magistratsdirektors bitten, Ihnen allen, den Antragstellern und Nichtantragstellern, zu erläutern, wie die Regelung laut Statut ist, weshalb dieser Antrag zurückgestellt wurde und wie der Entscheidungsablauf ist.

Magistratsdirektorstellvertreterin Dr. **Hammerl**: Es ist ganz kurz gesagt, der § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat sagt, dass von der dringlichen Behandlung ausgenommen sind Anträge, die Organisations- und Personalangelegenheiten betreffen. Da geht es jetzt nicht konkret um Änderungen oder Nichtänderungen, sondern um Organisationsangelegenheiten, und das ist es zweifelsohne. Ich glaube, mehr kann man dazu nicht sagen (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich danke für die Wortmeldung und möchte schon sagen, ich finde es unerhört, wie hier sowohl die Beamten/Beamtinnen, aber auch politische Vertreter, die Gemeinderäte hier zum Teil behandelt werden und beschimpft werden nach einer klaren Aussage. Es geht nicht um Organisationsänderungen an sich, war vielleicht auch von meiner Seite am Anfang falsch gesagt, sondern sind Anträge, die Organisationsänderungen betreffen. Ich denke, dass darüber kein Zweifel besteht, dass wenn eine organisatorische geplante Änderung ausgesetzt werden soll, dass das eine Organisationsänderung betrifft. Aus diesem Grund ist dieser Antrag zu Recht von der Tagesordnung genommen worden und wird jedenfalls als normaler

Antrag geschäftsordnungsmäßig behandelt. Es gibt einen Antrag auf Unterbrechung und auf Einberufung der Klubobleute. Ist über den Antrag abzustimmen, Herr Magistratsdirektor, ist über den Antrag auf Unterbrechung für eine Klubobleutesitzung abzustimmen? Ist abzustimmen, Magistratsdirektor sagt ja. Mein Vorschlag ist, wenn es nach wie vor diesen Wunsch gibt, dass wir die Sitzung unterbrechen für eine Viertelstunde, ist das ausreichend, lieber Karl-Heinz? Gut dann unterbrechen wir die Sitzung für insgesamt 15 Minuten.

Unterbrechung der Gemeinderatssitzung von 18.50 bis 19.15 Uhr.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.15 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat! Wir sind wieder beschlussfähig und wir werden fortsetzen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Rajakovics.

GR. **Rajakovics**: Ich habe mich vorher schon zu Wort gemeldet, die Unterbrechung ist dazwischen gekommen, weil ich wirklich manchmal empört darüber bin, in welchem Tonfall in diesem Gemeinderatssaal gesprochen wird und ausgerechnet von jenen, die sich gerne als die Retter der Enterbten aufspielen. Ich weiß schon, Gerald, dass du dich im Nationalrat entschuldigen hast lassen, der ist im Übrigen noch im Gange, ich weiß eh nicht, wie solche Doppelfunktionen gehen. Faktum ist, dass auch dieser Gemeinderat ein Kollektivorgan ist und die Meinung des Einzelnen eine Bedeutung hat, aber leider nicht die Bedeutung, die du gerne hättest. Du bist einer von 56, die gemeinsam beschließen und deshalb würde ich sagen, dass du soviel Ehre hast, dass du auch herauskommst und dich für die „Unterläufer“ entschuldigst, weil die Frau Dr. Hammerl, die Frau Dr. Zwanzger und den Mag.

Haidvogel als beamtete „Unterläufeln“, von denen du dir nichts sagen lassen brauchst, zu bezeichnen, finde ich wirklich empörend und das ist auch der Grund, glaube ich, warum manche Dinge da hier, die früher selbstverständlich waren, der Karl-Heinz Herper weiß es, weil er lange in diesem Hause sitzt, früher hat man etwas selbstverständlich darauf geachtet, was man beantragen kann und was nicht, was überhaupt sinnvoll ist, was weniger sinnvoll ist, heute wird das alles vom Tisch gewischt, jeder sagt, was er denkt und wie er es sich gerade im Kopf zusammengereimt hat, und der Gerald Grosz ist da ein Weltmeister. Im Übrigen darf ich dir nur auch zur Berichtigung sagen, dass auch der Bernd Schönegger nur deinem Entschließungsantrag nicht zugestimmt hat und selbstverständlich im Innenausschuss und mit der Frau Innenministerin weiter drüber verhandelt, dass ein großer Teil der Polizei hier in der Innenstadt bleibt. Ich möchte das nur sagen, damit auch alle wissen, wie genau du es mit manchen Dingen nimmst. Wenn es um dich geht, sehr genau, wenn es um andere geht, weniger genau, und ich würde dich wirklich auffordern, dass du da hier eine Entschuldigung sagst (*Applaus ÖVP*).

2) Partnerschaftsgesetz: Registrierung in Standesämtern

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: In ihrer Sitzung vom 17. November dieses Jahres, also vor wenigen Tagen und Stunden, hat die österreichische Bundesregierung, bestehend aus SPÖ und ÖVP, eine Regierungsvorlage an den Nationalrat beschlossen, begrüßenswerterweise nach einer langwierigen Einigung, die die Einführung einer sogenannten „registrierten Partnerschaft“ für gleichgeschlechtliche Paare regelt.

Diese Regierungsvorlage sieht unter anderem vor, dass eingetragene Partnerschaften nicht in den an sich für Personenstandsangelegenheiten zuständigen Standesämtern geschlossen werden sollen, sondern in der jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörde, also Bezirkshauptmannschaft beziehungsweise Magistrat.

Damit verbunden ist die Gefahr, dass gleichgeschlechtlich liebende Männer und Frauen ihren Bund fürs Leben nicht in einem dem Anlass entsprechenden würdevollen Rahmen schließen dürfen, bin ich der Ansicht, wenn man schon so ein Gesetz werden lässt.

In seiner Sitzung vom 3. Juli 2003 hat der Gemeinderat der Stadt Graz, und wir haben das ja evaluiert und neuerlich erweitert, wiederum die „Grazer Deklaration für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung“ beschlossen, in der sich die Stadt Graz „zur rechtlichen Gleichstellung verschiedengeschlechtlicher und gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften“ bekennt.

Die Stadt Graz unterstreicht damit, so Zitat, „das allgemeine verfassungsrechtliche Gebot, Diskriminierung zu vermeiden und geht die Verpflichtung ein, die Gleichbehandlung der Menschen unbeschadet der persönlichen Eigenschaften, insbesondere der geschlechtlichen Orientierung, zu gewährleisten“.

Im Sinne dieser Deklaration und angesichts der Tatsache, dass es für die eingangs skizzierte „Sondersituation“ von gleichgeschlechtlichen Paaren keine sachliche Rechtfertigung gibt, stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Wege der Petition an den Nationalrat herantreten mit dem Ziel, im Zuge des jetzt kommenden Gesetzwerdungsprozesses, der ja noch sozusagen ein gemeinsamer Prozess sein wird, aller beteiligten Fraktionen im Parlament für das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft samt den kommenden Begleitgesetzen, also den eingetragene Partnerschaft-Gesetz – EPG, als Ort der Schließung einer „eingetragenen Partnerschaft“, das jeweils zuständige Standesamt vorzusehen.

Also ich appelliere noch einmal an alle, geben wir die Chance im Zuge des Wirdungsprozesses dieses Gesetzes samt aller Begleitgesetze auch diese Möglichkeit hier in der Landeshauptstadt Graz zu eröffnen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Grabe** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen das selbstverständlich als Grüne, das ist kein Geheimnis, das ist eines unserer großen Anliegen auch und ich bin sehr froh, dass du diesen dringlichen Antrag einbringst, und wir wünschen euren Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene viel Glück in den Verhandlungen, die Bundes-ÖVP doch auf einen Standpunkt wieder zu bringen, der bei der Perspektivengruppe schon einmal Positiveres hat erhoffen lassen. Es ist dringlich dieser Antrag, deswegen stimmen wir der Dringlichkeit selbstverständlich zu, denn es ist eine Diskriminierung, die in diesem Gesetzesentwurf in Bezug auf Standesamt oder Nicht-Standesamt vorliegt, es ist nicht nur Diskriminierung, es ist eine Herabwürdigung von Menschen, die sich durch ein langjähriges Zusammenleben irgendwann entscheiden, das auch wirklich auf eine andere Basis als eine informelle zu bringen. Es ist Herabwürdigung und es ist für einen Staat, der Menschenrechten verpflichtet ist, ein Staat im 21. Jahrhundert, einen demokratischen Staat wirklich beschämend. Wie gesagt, ich hoffe, dass auch in der ÖVP sich ein Entwicklungsprozess irgendwann einmal wieder zeigt, der in diesem Punkt mehr Offenheit bringt und es ist für mich und für uns als Grüne absolut unvorstellbar, was das Problem sein soll, dass Menschen, die sich lieben, dieses auch am Standesamt offiziell kundtun können. Ich verstehe aus ÖVP-Sicht die Haltung, dass der heilige Bund der Ehe vor der Kirche geschlossen andere Rahmenbedingungen hat, das ist ein kirchlicher Verein, der bestimmte Regeln hat, verstehe ich zwar inhaltlich auch nicht, aber das ist so, nur das Standesamt ist eine völlig andere Sache. In logischer Konsequenz müsste das eigentlich dann auch heißen, wenn es um die heilige Ehe geht, dass Wiederverheiratete, Geschiedene, das auch nicht am Standesamt machen dürfen, andere wahrscheinlich auch nicht. Dass man drei, vier, fünf verschiedene Plätze hat, je nach Ranking, je nach Abstufung, wo man dieses machen darf. Also das ist für uns wirklich nicht nachvollziehbar, wir unterstützen sowohl die Dringlichkeit als auch den Antrag selbstverständlich (*Applaus Grüne*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich glaube, es wird sie nicht überraschen, dass wir Freiheitlichen diesem Antrag weder in Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen werden. Das hat aus freiheitlicher Sicht, sage

ich einmal jetzt weniger den Grund oder den Zugang irgendwie religiöser Natur. Wir sehen das ganz einfach von einer gesellschaftspragmatischen Seite aus. Ich glaube, der liberale Staat, der hat sich an und für sich nicht in die Partnerschaft oder für die Partnerschaften, in welcher Form auch immer, zu interessieren, wer wen aus welchen Gründen liebt und auch, wenn im günstigsten Fall dann die Geistlichkeit da den Segen einem vermählten, frisch vermählten Paar erteilt. Wer wen liebt, ich glaube, das hat den Staat nicht zu interessieren, in keinsten Art und Weise, aber natürlich hat der Staat ein existenzielles Interesse, naturgegebenes Interesse daran am Fortbestand unserer Gesellschaft (*Applaus FPÖ*) und vor diesem Hintergrund ist die Ehe in ihrer gegenwärtigen Form eine zu schützende Institution und das ist unser Zugang und das ist ganz einfach kurz und prägnant der Punkt, der uns es im Endeffekt nicht zulässt, sage ich einmal, in verantwortungsvoller Art und Weise hier diesen Bestrebungen positiv gegenüberzustehen. Ich glaube, diese sachliche Unterscheidung rechtfertigt auch die Ungleichbehandlung in dieser Frage und zwar die Ungleichbehandlung von homosexuellen Lebensgemeinschaften mit der Ehe zwischen Mann und Frau und ich werde dann auch noch im Bereich Anfragen an den Bürgermeister eine Anfrage richten, ob er auch zu diesen Worten, die er getätigt hat in den Medien, steht und den Trauungssaal für keine Art dieser Eintragungen zur Verfügung stellt (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wir werden diesen Antrag selbstverständlich unterstützen, aber es geht auch jetzt hier nicht um den Antrag. Der Kollege Sippel hat jetzt am Schluss das einzig Richtige gesagt, die Diskussion ist eigentlich, wie geht die Stadt Graz als Bezirksverwaltungsbehörde, der Bürgermeister als Bezirksverwaltungsbehörde mit dem Gesetz, das aller Voraussicht nach im Nationalrat beschlossen wird, weil im Ministerrat durch die Regierungsparteien absegnet wird, um, wird er den Trauungssaal öffnen, wird er Joanneumring, altes Rathaus ausweichen, wird er die Feuerhalle freigeben, nach persönlichem Gutdünken oder nicht, also ich weiß ja nicht, was der Bürgermeister,...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Entschuldigung, es ist nur geschmacklos.

GR. **Grosz:** ...welche Vorstellungen hier der Bürgermeister hat, der Bürgermeister hat zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften schon sehr oft geschmacklose Äußerungen abgegeben. Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, dass diese Hysterie auch darüber ja ohnedies nur mehr in der Politik geführt wird. Die Hysterie ist offenbar nur mehr eine Frage der Politik, die Gesellschaft sieht das ja schon längst entspannter. Ziel ist ja auch nicht die Besserstellung, wie der Kollege Sippel es gesagt hat, ist ja nicht die Besserstellung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), sondern ist nur die Gerechtigkeit für Partnerschaftsmodelle, die unterhalb der Ehe stehen. Gegen die heilige Institution der Ehe als von Religionen angebotener Bund hat überhaupt keiner was, wird auch niemals irgendwer antasten, dieses Partnerschaftsgesetz steht unter dieser Ehe, und wenn es hier jetzt um die Diskussion um das Standesamt geht, verstehe ich die Diskussion um das Standesamt nicht. Das erste Mal, wo in Österreich das Standesamt für die eingetragene sogenannte Zivilehe zuständig war, war 1938, eingeführt von einem gewissen Herrn Hitler. Der hat 1938 mit der Unterzeichnung der Konkordats-Verträge die Zivilehe an den österreichischen Standesämtern zugelassen, vorher nicht, Historiker Piffl-Percevic wird das bestätigen können. Vorher katholische Kirche.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Beides war vorher möglich.

GR. **Grosz:** Jetzt ist das Standesamt zuständig für Geburtenbücher, für Personenstandsdaten, für Totenbücher, daher der geschmacklose Witz war gar nicht so verwegen...

Zwischenruf GRin. Binder: Also, das war schon geschmacklos.

GR. **Grosz:** Ich weiß ja nicht, wo er es abschließen will, ich weiß es nicht, im Keller, am Dach, wo auch immer, es ist eine Räumlichkeit der Stadt Graz, daher sage ich, ich sehe das vollkommen entspannt, wenn neben Geburten, Personenstandsdaten und Totenbüchern und der sogenannten Zivilehe in Zukunft das Standesamt auch dafür zuständig ist, dass wir die eingetragene Partnerschaft durchführen. Dass dieses Gesetz an sich, das die Bundesregierung vorgelegt hat, falsch ist, das wissen wir, weil es jetzt tatsächlich jemanden ausschließt, es schließt heterosexuelle Lebensgemeinschaften aus und das finde ich falsch. Es gibt nämlich sehr viele Menschen in Österreich, allen voran Dr. Alfred Gusenbauer und Frau Steiner, über 25 Jahre in einer aufrechten und glücklichen Lebensgemeinschaft mit einem Kinder, die jetzt nicht die Möglichkeit haben, sich die Lebensgemeinschaft eintragen zu lassen, das finde ich falsch.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Die können heiraten.

GR. **Grosz:** Es gibt genug Patchworkfamilien in Österreich, die nicht die Möglichkeit haben, sich diese Lebensgemeinschaft...

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, die Redezeit ist bitte um, das zu beachten.

GR. **Grosz.** Gut, Schlusssatz. Daher ist für uns auch überhaupt kein Problem, hier über das Standesamt zu diskutieren, aber auch die eingetragene Partnerschaft

auszuweiten auch auf heterosexuelle Gemeinschaften.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Der vorliegende dringliche Antrag hat ausschließlich zum Inhalt, an den Gesetzgeber heranzutreten, um einen mit großem Aufwand erzielten Kompromiss noch anders zu gestalten. Wir bekennen uns zur Möglichkeit von Petitionen des Gemeinderates, und selbstverständlich kann die Mehrheit nach unseren Spielregeln auch so eine Petition beschließen. Es ist aber tatsächlich so, und das möchte ich als Vertreter der Volkspartei zum Ausdruck bringen, dass es auch in unserer Fraktion, und das ist kein Geheimnis, einen jahrelangen Meinungsbildungsprozess gegeben hat. Und der war als christdemokratische Partei vor allem davon getrieben, kein Individuum, keinen Menschen zu diskriminieren. Selbstverständlich hat der Staat, und Gerald Grosz, das stimmt natürlich wieder nicht, was du gesagt hast, vor 1938 hat es in Österreich die sogenannte fakultative Zivilehe gegeben, es war möglich für Katholiken, vor den kirchlichen Instanzen auch für den zivilen Bereich wirksam die Ehe zu schließen und natürlich für Nichtkatholiken beim Standesamt, also so, wie du es darstellst, ist es falsch. Wir bekennen uns allerdings zur Trennung von Kirche und Staat und daher ist dieser Bereich der kirchlichen und der Religionsbereiche hier überhaupt nicht Gegenstand unserer Erörterungen, sondern ausschließlich, ich betone es, dass wir ungerechtfertigte Diskriminierungen hintanstellen und es war, und ich wiederhole es nochmals, kein einfacher Vorgang in der Volkspartei, weil selbstverständlich bei vielen die Dinge, so wie bei dir Gerald, genauso einfach sich vermischen. Wir stellen klar: In erbschaftsrechtlichen Dingen, in unterhaltsrechtlichen Dingen, was Pflegeurlaub betrifft, was Besuchsrecht im Krankheitsfall betrifft, was gemeinsame Namensführung betrifft, was Renten und Pensionen betrifft, ist es selbstverständlich an der Zeit, dass wir hier die frei gewählte Lebensform, das steht jedem Menschen zu, wie er sein Leben anlegt, auch rechtlich gleichstellen. Deswegen bekennen wir uns zum Institut der eingetragenen Partnerschaft und zu dem erzielten Kompromiss. Und selbst die SPÖ, der ich hier auf Bundesebene attestieren darf und muss, dass sie sich sehr bemüht hat, diese Diskriminierung, in dem Fall gemeinsam mit dem Koalitionspartner ÖVP, möglichst zu beseitigen, bezeichnet das Ergebnis als mit dem Gesetzesentwurf wörtlich zufrieden. Günter Tolar sagt, der auch eine Funktion in der

SPÖ diesbezüglich hatte, er ist sehr froh mit dem Ministerratsbeschluss. Der Justizsprecher der SPÖ, Jarolim, sagt, grundsätzlich begrüßenswert und die ÖVP, Pröll, das Erreichbare wurde erreicht. Angesichts solcher Atteste ist es nicht notwendig, in die Reparaturwerkstatt zurückzugehen, sondern wir haben im Sinne der Freiheit der Menschen etwas erreicht. Das was der Staat, die Gleichbehandlung der Menschen, gilt der Gleichheitsgrundsatz wurde erreicht und daher besteht für die Volkspartei kein Anlass, mit einer Petition angesichts des erzielten Kompromisses neuerlich an den Bund heranzutreten. Wir ersuchen daher, den dringlichen Antrag abzulehnen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich habe erfahren, dass auch noch bei den Anfragen auch an mich als Bürgermeister und in dem Fall auch als Bezirkshauptmann von Graz die Frage gestellt werden wird, wie werde ich damit umgehen. Lassen Sie mich das nur ganz schnell beantworten, dann können wir in der Diskussion auch danach wahrscheinlich kürzer sein. Wir haben im Moment, Basis momentan ist der Entwurf zum EPG, welches am 17. 11. der Ministerrat passiert hat. Der Durchführungserlass ist noch ausständig. Wie sieht es wirklich in Graz aus: Die Amtsräume, das Amt, das für die Bezirksverwaltungsbehörde zuständig ist, sitzt im Amtshaus. Ich sage auch ganz offen, mich hat auch der Zeitungsartikel ziemlich aufgeregt, der vor einigen Tagen wieder groß drinnen war, weil es eine vollkommen falsche Darstellung aus meiner Sicht des Journalisten gegeben hat, der mit mir auch gar nicht persönlich gesprochen hat. Mir ist wichtig, und das möchte ich da jetzt betonen, dass das, was du heute in deinem Antrag geschrieben hast, auch künftig in einer Menschenrechtsstadt Graz gelebt wird. Du hast hineingeschrieben, auf diesen Satz möchte ich mich beziehen, damit verbunden ist die Gefahr, dass gleichgeschlechtlich liebende Männer und Frauen ihren Bund fürs Leben nicht in einem dem Anlass entsprechenden würdevollen Rahmen schließen dürfen. Ich sichere jetzt schon als Bürgermeister und Bezirkshauptmann zu, dass dieser Bund, der hier geschlossen wird, diese Eintragung, wie sie dann stattfinden wird, in einem würdevollen Rahmen passieren und geschehen wird. Ich sage aber auch gleich dazu, damit das da jeder auch einmal verstanden hat, weil mittlerweile vom Joanneumring und Amtshaus und dem Trauungssaal hier im

Rathaus dermaßen viele Meinungen und damit auch wieder Gerüchte entstanden sind. Im Moment, wenn es so kommt, wird der Durchführungserlass es delegieren an die Bezirksverwaltungsbehörde, die hat ihren Sitz im Referat I, die sitzt im Amtshaus und ist im 3. Stock. In diesen Amtsräumen hat dann eine solche Eintragung stattzufinden. Wir müssen allerdings schauen, dass es Räumlichkeiten sind, die dann auch deinen Intentionen da entsprechen, und das Standesamt selbst, das am Joanneumring sitzt und auch hier den Trauungssaal im Gemeinderat mitverwaltet, ist ausschließlich im Gemeindebereich. Jetzt warte ich zumindest diese Gesetzwerdung und den Durchführungserlass ab, sehr wohl hat sich die Frau Dr. Bardeau als zuständige oberste Beamtin der Stadt Graz mit diesem Thema schon auseinandergesetzt und wird uns noch beschäftigen. Ich will das heute nur noch einmal klarstellen, ich freue mich auch, dass es auf der Bundesebene gelungen ist, die rechtlichen Benachteiligungen, die es gegeben hat, wegzubringen. Soviel auch heute von mir zu diesem Thema, weil ich auch mehrfach angesprochen wurde und noch angesprochen werde (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt 27 : 28.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

StR. Mag. Dr. **Riedler** zur Geschäftsordnung: Ich habe jetzt gespannt zugehört, als du deine Ausführungen gemacht hast, die einer Debatte wert wären. Ich weiß, wir haben hin und wieder alle Schwierigkeiten mit der Geschäftsordnung, ich habe mir gedacht, wenn jetzt die Dringlichkeit zuerkannt wird, gäbe es ja eine Möglichkeit, auf deine Ausführungen zu antworten. Du hast deine Wortmeldung abgegeben inhaltlicher Natur, nachdem alle Fraktionen zur Dringlichkeit gesprochen haben, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit deiner Wortmeldung war nicht möglich, deine Fraktion hatte bereits zur Dringlichkeit gesprochen, daher war deine Wortmeldung in der Form nicht möglich und wir können jetzt über das, was du gesagt hast, nicht

diskutieren. Ich bitte dich daher, so wie alle anderen auch die Disziplin der Geschäftsordnung einzuhalten, das hast du diesmal nicht gemacht.

Zwischenruf GRin. Gesek: Na also, unerhört.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Nein, der Bürgermeister, ich sage zur Geschäftsordnung zum Einwurf des Kollegen Eiselsberg, der Bürgermeister hat auf Grund der Geschäftsordnung die Sitzung zu führen, aber keinen inhaltlichen Beitrag zu machen. Es ist auch in seinem Interesse, dass es eine inhaltliche Debatte gibt, das war jetzt nicht möglich und ich wollte dich darauf aufmerksam machen, dass das auch nicht möglich gemacht wurde und das finde ich sehr schade, ich bitte dich, in Zukunft die Geschäftsordnung, so wie alle anderen, einzuhalten (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Dringlichkeit ist abgelehnt, als eine wichtige Antwort vielleicht, lieber Wolfgang. Es waren viele neugierig drauf, wie auch der Bürgermeister als Bezirkshauptmann drüber denkt und das habe ich kundgetan, weil es eine Person betrifft, und ich werde von meinem Rederecht als Bürgermeister und Vorsitzender hier Gebrauch machen. Aber ich werde mir das mit dir auch noch einmal gemeinsam anschauen, damit wir uns das ausdiskutieren (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Soweit ich das jetzt hier vorliegen habe, geht es um den dringlichen Antrag, eingebracht von Sigi Binder, betrifft Maßnahmen gegen Zwangsehen. Die Dringlichkeit ist von allen Fraktionen im Vorfeld schon zuerkannt worden, das heißt, wir sprechen bitte nur zum Stück dann selbst, nicht mehr zur Dringlichkeit, die ist schon durchgewunken.

3) Maßnahmen gegen Zwangsehen

GRin. **Binder** stellt namens der ÖVP, SPÖ, Grünen und KPÖ, folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Die neue Geschäftsordnung verwirrt mich ab und zu noch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt oder Sie haben das ja mitverfolgt in den letzten Wochen, diese Geschichte mit einer jungen Frau, die zwangsverheiratet werden hätte sollen und die seither auch verschwunden ist. Und ich hoffe wirklich inständig, dass diese junge Frau einen Schutz gefunden hat bei Freundinnen und Freunden und dass sie wieder in die Gesellschaft zurückkehren kann. Zwangsverheiratung ist ein Delikt, ist ein Offizialdelikt, wie es das österreichische Strafgesetzbuch vorsieht und widerspricht auch dem Artikel 16 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der ganz klar vorsieht, dass eine Ehe nur dann geschlossen werden soll, wenn beide Ehepartner frei und uneingeschränkt ihre Willenseinigung kundtun können. Im österreichischen Strafgesetzbuch finden sicher mehrere Hinweise auf dieses Offizialdelikt, einerseits kann eine Zwangsehe bis zu einem Jahr Freiheitsentzug nach sich führen, beziehungsweise wenn eine Frau auch noch genötigt wird, eine Ehe zu vollziehen, dann kann das auch bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe bedeuten.

Für junge Mädchen und Frauen ist es besonders wichtig, dass sie Schutz finden, und in diese Richtung geht auch mein Antrag. Einerseits bedarf es einer guten Aufklärung auf allen Ebenen, wo es nur möglich ist für junge Frauen, auf der anderen Seite bedarf es auch gewisser Opferschutzeinrichtungen. Denn die betroffenen Frauen stehen unter einem besonders großen familiären und sozialen Druck. Nicht unerwähnt möchte ich auch die Fremdengesetze erwähnen, die ja auch dank der Frau Minister Fekter noch mehr verschärft wurden, aber in diesem Fall ganz speziell die Geschichte mit der Familienzusammenführung, die nichts anderes bedeutet, dass jene, die auf Grund der Familienzusammenführung zu uns kommen, fünf Jahre lang keinen eigenen Aufenthaltstitel haben können, sondern sie sind abhängig von ihrem Ehepartner und dann können Sie sich vorstellen, wie stark der Druck auf die Mädchen in dieser Familie sein können. Ebenfalls haben sie auch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, also es ist eine sehr schwierige Situation für junge Frauen und

manifestiert natürlich ihre Abhängigkeit um vieles mehr. Bei einer Zwangsehe kann es kein Augenzwinkern geben und kann es keinen sogenannten Respekt vor irgendwelchen sogenannten Traditionen oder Identitäten oder Familienehren geben, das ist völlig denkunmöglich, und ich möchte auch noch dazu sagen und ganz klar betonen, dass Zwangsehen nichts mit einer Religionsgemeinschaft zu tun haben. Also alle liegen falsch, die meinen, dass das mit dem Islam oder sonst einer Religionsgemeinschaft zu tun hat, denn Zwangsehen, und das beweisen Zahlen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), ich würde das gerne in aller Ruhe noch fertig sagen dürfen, das beweisen Zahlen und Ergebnisse aus der Schweiz, das Zwangsehen in ganz unterschiedlichen Familien mit sehr unterschiedlichem religiösen Bekenntnis durchgeführt werden, erzwungen werden und dass Zwangsehen eigentlich ein Ausdruck von extrem patriarchalischen Strukturen sind, und das gilt es eigentlich zu bekämpfen. Ich freue mich, heute einen dringlichen Antrag im Namen der Grünen und der ÖVP, aber ich weiß auch, dass sowohl die Grazer Sozialen und die KPÖ diesen Antrag unterstützen werden und ich bitte natürlich auch die anderen beiden Fraktionen, diesen Antrag zu unterstützen.

Der Antragstext lautet: Der Gemeinderat möge beschließen:

Das Integrationsreferat wird als zuständige Stelle beauftragt,

- Kooperationen und Vernetzungen zu diesem Themenbereich mit anderen relevanten Stellen im Magistrat, zum Beispiel Amt für Jugend und Familie oder die Frauenbeauftragte mit spezialisierten Einrichtungen im Bereich Integration, Frauen, familiäre Gewalt und mit MigrantInnen-Selbstorganisationen aufzubauen und gemeinsam Fakten zum Thema Zwangsverheiratung in Graz zu erarbeiten und
- gemeinsam mit den genannten Stellen ein Konzept für eine Beratungs- und Schutzeinrichtung für betroffene Mädchen und Frauen, für Maßnahmen zur Vorbeugung und Bewusstseinsbildung und für Aufklärungsarbeit in Schulen, zu erarbeiten.

Die Ergebnisse werden dem Ausschuss für Integration, Menschenrechte und internationale Beziehungen zur Beratung über Umsetzungsschritte bis zur Gemeinderatssitzung am 22. April 2010 vorgelegt. Ich bitte meine Kolleginnen und Kollegen um Zustimmung (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Antragstellerin! Wir werden natürlich Ihrem, der Dringlichkeit haben wir ja schon zugestimmt und natürlich auch dem Inhalt zustimmen, weil auch wir halten es nicht für sehr zeitgemäß. Es hat ja bei uns auch, wenn man die Habsburger Geschichte liest, hat es das auch gegeben, aber inzwischen haben wir uns Gott sei Dank ja von diesem sehr entfernt und wie gesagt, ich glaube, dass es da keine Probleme von unserer Seite her gibt, nur ich war zuerst glücklich, habe gesagt, endlich ein Antrag von der Kollegin Binder, wo ich wieder voll mitgehen kann, nur dann haben Sie es halt leider wieder ein bisschen meiner Haltung entglitten. Wenn ich höre, wenn Sie sagen, natürlich, und da brauchen wir uns nicht wieder die Augen verschließen, natürlich geht es um eine gewisse Religionsgemeinschaft, weil ehrlich gesagt, ich habe seit Jahren nicht erlebt, dass es irgendwo in Graz oder wo auch immer irgendwelche Zwangsehen unter Katholiken oder Zwangsehen unter Evangelischen oder was auch immer gibt, natürlich gibt es nur eine, und das ist auch, wenn man die Meldungen verfolgt, ist es immer nur eine Religionsgemeinschaft, wo das natürlich dort gang und gäbe ist. Und das hat mich dann natürlich wieder ein bisschen unrund gemacht, dass Sie das wieder sofort hineinbringen, aber leider ist es so, dass es von einer Religionsgemeinschaft gang und gäbe ist, dass es auch in einigen Staaten Europas noch Gang und gäbe ist und es ist ja nicht nur, in Graz ist es ja aufgeköcht dann, aber wenn man liest deutsche Zeitungen, da ist es ja sehr oft möglich, dass Mädchen noch in die Türkei geflogen werden, verheiratet und wieder zurückkommen und dann hat doch in Deutschland Möglichkeit haben der Flucht und dann gibt es eben diesen idiotischen, meines Erachtens, idiotischen Begriff, dass es dann doch, wenn was passiert, dann heißt es, es gibt den Ehrenmord, also was Blöderes gibt es ja überhaupt nicht, weil was heißt ein Ehrenmord, also was hat das mit einer Ehre zu tun? Aber grundsätzlich sehr positiv Ihrem Antrag gegenüber, aber mit der Einschränkung halt, dass man schon sagt, wenn jemand zu uns kommt, und es

handelt sich leider halt um eine sehr spezifische Religionsgemeinschaft, wenn jemand zu uns kommt, dann soll er uns immer herzlich willkommen sein, aber soll er natürlich dann auch sich an diese Gegebenheiten, die bei uns herrschen, anpassen, und bei uns herrscht einmal eben die Freiheit, dass jeder Mann, jede Frau mit jedem Partner, den er halt haben will, seine Ehe schließen kann oder nicht, wo auch immer, ob das jetzt im Rathaus ist oder nicht im Rathaus oder im Bezirksamt, das sei dahingestellt, aber wenn jemand heiratet, dann soll er unabhängig davon nicht von den Eltern beeinflusst sein und auch nicht vom bösen Vater oder von der bösen Mutter, was Sie natürlich auch wieder hineingebracht haben, den bösen Mann. Ich habe zwei Mädchen, und wie gesagt, meine zwei Mädchen werden sich sicher vom Vater nicht einreden lassen, wen sie heiraten müssen, also grundsätzlich ja zu Ihrem Antrag, auch zur Dringlichkeit mit dieser gewissen Einschränkung. Mir ist seit langem keine Zwangsehe von einem Evangelischen oder von einem Katholiken bekannt (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Na wui, ich bin ja richtig froh, dass es endlich einen Sinn für die Realität gibt, auch innerhalb der Grünen. Dass es Zwangsehen in Österreich gibt, dass es Frauen gibt, die durch die Burka in ihren Menschenrechten eingeschränkt werden, na wui, dass Sie da endlich einmal draufgekommen sind, überrascht mich (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Dass es gerade in diesen Bereichen Gewalt an Frauen gibt, das freut mich, dass sie das endlich gesehen hat, dass es Beschneidungen gibt, gerade in diesen Bereichen, dass es Ehrenmorde gibt, dass die Scharia mittlerweile unser Rechtssystem in diesem Bereich abgelöst hat, ich bin ja richtig froh, dass Sie mittlerweile, Frau Kollegin Binder, das zwar in Ihrem Antrag nicht erwähnen, aber zumindest die Lösung mit Beratungsstellen aufzeigen. Die werden wir selbstverständlich unterstützen, obwohl das, was Sie hier vorschlagen, ja nur eine Lösung als Beratungsstelle für bereits geschehene Zwangsverheiratungen gibt, für bereits geschehene Gewaltakte an Frauen geben. Das was ich will, ist ja eine Prävention, und eine Prävention bedeutet, dass wir in unserem Land, in unserer Zivilisation im 21. Jahrhundert, im 3. Jahrtausend nach Christus in einem Europa basierend auf der christlichen Leitkultur des christlichen Miteinanders es halt nicht zulassen, dass wir

extremistische und fanatische Tendenzen im Wege von Religionen in unser Land bekommen, die zutiefst unsere Menschenrechte untergraben. Fanatische Tendenzen, die sich über unsere Gesetze stellen, na wui, na da kommen plötzlich Fanatiker aus Ländern, wo es keine Demokratie gibt und keine Gesetze gibt, wo es nur die Religion gibt, wo es nur den Koran gibt, der als oberstes Gesetzbuch, und die entblößen sich, in unserem Land auch den Koran als Gesetzesbuch zu verwenden, na wui. Frau Gemeinderätin Binder, das ist das ursächlich Problem, das wir in Österreich haben und da kann man sich nicht dann um solche Ausdrücke, um die Autonomie und das Selbstbestimmungsrecht von MigrantInnen zu ermöglichen, na logisch, oder aus den Berichten geht hervor, dass dies nicht nur in muslimischen Gesellschaften existiert, sondern in vielen anderen auch. Na, Frau Kollegin Binder, über das Problem diskutieren wir jetzt und hier in der Realität im Hier und Heute, wo wir in Zeitungen von einer Entführung lesen, möglicherweise von einem Zwangsmord und, und, und. Uns langt es, es reicht, solche Tendenzen haben in Graz, in der Stadt der Menschenrechte nichts mehr verloren und jetzt werden Sie sich überlegen müssen, auf welcher Seite der Menschenrechte Sie stehen. Auf den Menschenrechten, die die Freiheit und die Selbstbestimmung jeder Bürgerin und jedes Bürgers unabhängig seiner Herkunft garantiert oder die Menschenrechte, die Sie meinen, dass Sie sagen, na selbstverständlich haben die Extremisten das Recht auch zu uns herzukommen, aber wir werden sie halt ein bisschen homöopathisch pflegen und ein bisschen Einhalt gebieten, wenn sie halt zu extremistisch werden, so geht das nicht, Frau Binder (*Applaus BZÖ*). Wir werden dem Antrag zustimmen, wie wohl es keine Präventionsarbeit in diesem Bereich ist, sondern Prävention nur klar bedeutet, dass man diesen Strömungen in unserem Land einmal begreifbar macht, wo sie leben und wenn sie sich nicht anpassen können, hier in unserem Land nichts verloren haben (*Applaus BZÖ*).

StRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Grosz, Sie schaffen es wirklich, bei einem Thema, wo es darum geht, dass jungen Mädchen und Frauen Zwang angetan wird, dass ihnen Gewalt angetan wird, sich herzustellen und hier halt bisschen Ihren Übungsauftritt für die nächsten Nationalratssitzung zu machen und hier in marktschreierischer Art und Weise, wie wir Ihre Natur halt kennen, sich mit

dem Thema zu beschäftigen. Mag ja sein, dass ihr es erst durch die Kronen Zeitung entdeckt habt, was manchen Mädchen und Frauen angetan wird. Tatsache ist, dass alle frauenpolitisch Aktiven in dieser Stadt sich nicht erst seit jetzt, sondern schon seit längerem, mit diesem Thema beschäftigen und nicht nur dem Thema beschäftigen und irgendwelche marktschreierischen Reden halten, sondern in Wirklichkeit daran arbeiten, dass wir für betroffene Mädchen und Frauen Hilfe, Beratung und Schutz bieten können. Das was halt mit einem schmalen Budget aus dem frauenpolitischen Bereich halt möglich ist. Wir versuchen, Gewaltschutzeinrichtungen zu stärken, die Betroffenen Unterschlupf bieten, wir haben versucht, Informationen zu verbessern, da haben wir auch eine gute Kooperation schon mit dem Integrationsreferat gehabt, weil wir Informationsmaterial auch in zehn Sprachen dargeboten haben und versucht haben, dadurch auch zu unterstützen und die Hilfe und Beratung, die es gibt, einfach leichter zugänglich zu machen. Ich würde nur einen Hinweis mir noch erlauben in Bezug auf den Antrag. Auf Landesebene arbeitet hier schon eine Arbeitsgruppe länger zu dem Thema; was braucht es noch zusätzlich? Ich halte es einfach für sinnvoll, wenn wir hier die Arbeit auf Stadtebene mit der der Landesebene verschränken, weil auf Landesebene eben auch NGOs etc., ähnlich wie hier der Antrag intendiert, eingebunden sind, dass wir hier nicht doppelt arbeiten, sondern die Ergebnisse, die vielleicht schon vorliegen, einfach adaptieren und auch in unsere Diskussion gleich einbringen können, und zusätzlich möchte ich auch nur noch informieren. Wir haben uns auch in der letzten Frauenausschusssitzung des Städtebundes sehr ausführlich mit der Thematik, was auf rechtlicher Ebene noch notwendig ist zum Schutz der Betroffenen, beschäftigt, da gibt es auch ein paar Punkte, die dringend umgesetzt gehören. Eines zähle ich nur jetzt exemplarisch auf, ich halte es für sinnvoll, dass bei Eheschließungen unter 18 generell eine Stellungnahme der Jugendwohlfahrt einzuholen ist. Das ist jetzt von den rechtlichen Regelungen her noch nicht der Fall, das würde zusätzlich so ein Sicherheitsventil sein, um eventuell draufzukommen oder bestmöglich draufzukommen, liegt hier möglicherweise Zwang vor oder nicht. Grundsätzlich bin ich dir sehr dankbar auch, liebe Antrag stellende Sigi Binder, dass du in deinem Antragstext aber durchaus auch auf die fremdenrechtliche Situation hingewiesen hast, weil Tatsache ist, wenn hier Frauen in Abhängigkeit gehalten werden und die rechtliche Situation so ist, dass sie in Wirklichkeit ihre Männer nicht verlassen können, dann ist es strukturelle

Gewalt, und auch dieser Tatsache müssen wir ins Auge sehen und das gehört geändert (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich noch eine Anmerkung machen, vor allem in Richtung Frau Gemeinderätin Binder. Frau Gemeinderätin, inhaltlich alles d'accord, ich bitte nur eines, weil das jetzt auch von der Frau Stadträtin Edlinger von mir so verstanden wurde, beauftragt wird mit diesem Thema nicht unser Referat für Frauenangelegenheiten, beauftragt wird das Integrationsreferat, und ich sage es nur dazu, sowohl die Mittel, die wir ausgeweitet haben und auch im nächsten Budget wieder in dieser Höhe wie im vergangenen Jahr zumindest eingestellt haben, sind das eine, das Zweite ist aber auch die Arbeitsressource und die Arbeitsressourcen, die wir haben, und ich bitte nur auch hinkünftig bei solchen Aufträgen des Gemeinderates darauf zu achten, dass es zumindest zu einer Zusammenarbeit kommt, weil sonst werden wir diese vielen Aufgaben zusätzlich zwar angehen, aber es werden wieder andere Dinge dann liegen bleiben, weil die Frau Köcksal das in der Form dann so nicht schaffen wird. Das will ich nur anmerken, wir werden es natürlich tun, aber richtige Freude habe ich so damit nicht.

GRin. **Binder**: Zu Ihnen, Herr Kollege Korschelt, Sie haben ja gemeint, wir brauchen da nicht lange herumreden, natürlich sind das die Muslime und ausschließlich die. Wenn Sie was zum Schreiben haben, sage ich Ihnen, wo Sie nachlesen können. Ich habe mich bezogen auf Daten von der Schweiz, bei uns ist die Faktenlage eine dermaßen marginale und geringe, dass sich daraus überhaupt noch nichts ableiten lässt, aber von der Schweiz da können Sie nachlesen in der Zeitschrift Polis aktuell, Nummer 1/2006, und zwar wird hier gesprochen von Zwangsehen, also sowohl in einem hinduistischen Milieu, christlich-orthodoxen Milieu, katholische Kosovarinnen, orthodoxes jüdisches Milieu, also mir ist vollkommen klar, das es in muslimischen Familien, das ist vollkommen klar, das streitet auch niemand ab, das habe ich auch nicht gesagt, aber es ist nicht erlaubt meiner Meinung nach, dass nur auf den Kreis

der Musliminnen und Muslime zu beziehen. Soweit einmal das eine, dann ein bisschen ein historischer Schlenkerer, da danke ich ja der Christina, dass sie mir das schnell gesagt hat, also so lange ist ja bei uns auch nicht her, dass in katholischen Kreisen also Zwangsehen, das war nahezu eine Politik. Andere mögen Kriege führen, du glückliches Österreich heirate. Gut, wir haben das heute nicht mehr, aber man sieht, wie sich Gesellschaft entwickelt, Herr Bürgermeister, Sie geben mir Recht, aber Gesellschaften entwickeln sich weiter, Gott sei es gedankt in diesem Fall, aber ist alles klar, und das war auch christliche Leitkultur damals, heute schaut es ein bisschen anders aus, Gott sei Dank. Der Herr Grosz hat wieder einmal geglaubt, er kann mir unheimlich Schelte geben. Sie haben Dinge behauptet, die in dem Antrag überhaupt nicht angesprochen werden, und ich werde auch in keiner Weise jetzt auf das eingehen, weil ich gar nicht die Diskussion damit verlängern will. Wie die Frau Stadträtin gesagt hat, es war halt wieder einmal ein Übungsauftritt, ja die Anregungen von dir, Elke, nehme ich gerne an und, Herr Bürgermeister, es stimmt, es richtet sich an das Integrationsreferat, aber es steht sehr wohl drinnen auch, in Zusammenarbeit mit Amt für Jugend und Familie, auch mit der Frauenbeauftragten etc. Insofern glaube ich, dass wir das gemeinsam gut schaffen können oder wir stocken das Integrationsreferat entsprechend auf, nicht wahr, Herr Kollege Rajakovics (*Applaus Grüne*)?

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Maßnahmen zur Verhinderung von gesundheitlichen Schäden infolge Luftschadstoffen im Großraum Graz

GR. **Hagenauer** stellt namens der ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hagenauer**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie vielleicht den Medien entnommen haben, wurde mit dem heutigen Tag in Graz der zulässige

Grenzwert an Überschreitungen für Feinstaub erreicht, das heißt jetzt, wo wir, Sie kennen die Witterungslage, eigentlich begünstigt waren wie noch nie und die Feinstaubsaison, hoffe ich, uns gar nicht bevorsteht, aber eintreten kann, haben wir unseren zulässigen Grenzwert überschritten. Zum Thema Grenzwert. Der Grenzwert ist natürlich ein willkürlicher, ist von der Politik festgesetzt worden auf Ebene der EU mit dem Ziel, dass man ihn auch tatsächlich realistischerweise erreichen kann. Die Mediziner, wenn Sie sich erinnern vielleicht noch an die Zeit des Gemeinderatswahlkampfes, des vergangenen, haben damals Prof. Neubauer eine Studie gemacht, übrigens auf Basis steirischer Grundlage, eine Studie gemacht, an der sie nachgewiesen haben, unter Grundlagen, damit sind keine Statistiken gemeint, sondern sind medizinische Befunde gemeint, wo in dieser Studie festgestellt wurde, dass es eigentlich für Feinstaub keinen Grenzwert gibt, sondern dass der schädlich ist, in dem Moment, wo er auftritt, wie bei anderen sehr toxischen Stoffen wie etwa nukleare Belastung oder Dioxine auch. Das nur vorweg. Wir wissen also, und davon muss man bei der Debatte bei Feinstaub immer ausgehen, wir wissen also, dass die Studien über gesundheitliche Auswirkungen eigentlich von Mal zu Mal, wenn jetzt eine neue publiziert wird, die Ergebnisse ernster werden. Wir sind davon ausgegangen vor einigen Jahren, dass es Belastungen gibt der Atemorgane, Herz-/Kreislaufkrankungen, mittlerweile wissen wir, dass Feinstaub als einer der Stoffe gehandelt wird, die das zentrale Nervensystem angreifen, also spricht als Alzheimer-Verursacher gilt, wir wissen, dass Feinstaub genetische Veränderungen, Krebs verursacht, wir wissen, wenn Sie vor ein/zwei Wochen, wie Sie gelesen haben, Feinstaub auch inzwischen ein eindeutiger Zusammenhang besteht zu dem Geburtsgewicht von Neugeborenen. Es gibt also kaum irgendwelche ernstere Befunde im Zusammenhang mit diesem Schadstoff, die man sich überhaupt noch vorstellen kann, das ist die eine Sache. Die zweite Sache ist die, dass Graz und die Steiermark besonders betroffen sind, auf Grund ihrer geographischen Lage, nachdem wir aber Graz nicht verlegen werden, wenn ich das richtig sehe, ist und auch nicht wirklich was Neues ist, dass Graz dort ist, wo Graz ist, kann man also davon ausgehen, dass man in dem Moment, wo man erfahren musste, wie gefährlich dieser Stoff ist, die entsprechenden Maßnahmen hätte ergreifen müssen, und zwar schärfere als irgendwo anders in Österreich und schärfere sogar als in den meisten Regionen Europas. Dritter Punkt, Überraschung, Überraschung, wir sind Mitglied der Europäischen Union seit einiger Zeit, Herr Kollege, seit einiger Zeit, wird gerne

verdrängt und wird gerne vergessen und eine Konstante der österreichischen Politik, dass man das verschweigt und irgendwann, weil es unangenehm ist, dazu gehören genau auch solche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Feinstaubbekämpfung, weil es unangenehm ist, wartet man so lange, bis dann Brüssel die letzte Mahnung abgeschickt hat und dann sind es die bösen Leute in Brüssel, und unter dem Jubel der Bevölkerung wehrt man sich dann vielleicht auch noch dagegen. Das ist von Umweltzonen bis zur Gurkenkrümmung jeweils immer dasselbe Schema. Sie wissen, dass die Europäische Union mit Zustimmung natürlich Österreichs diese Grenzwerte beschlossen hat und dass die Europäische Union Österreich beziehungsweise der Steiermark eine Verlängerung, das Ansuchen um Verlängerung zurückgeschmissen hat und zwar aus einem einfachen Grund, die gesagt haben, das wäre Amtsmissbrauch, das geht nicht, wir können nicht etwas genehmigen, wenn ihr selber hineinschreibt, dass ihr die Grenzwerte nicht einhalten wollt und könnt. Daher abgelehnt, liebe Freunde, schickt uns einen neuen Maßnahmenplan, mit dem ihr glaubwürdig darstellt, dass ihr diese Grenzwerte zum Schutze eurer Bevölkerung einhalten könnt und dann schauen wir weiter. Das ist jetzt auch der Punkt meines Antrages, der zuständige Landesrat hat bei Beginn seiner Amtsperiode sehr viel Hoffnungen erweckt, sehr viel Engagement gezeigt, inzwischen ist selbiges erlahmt, leider. Und in diesem Sommer jetzt ist etwas passiert, was völlig indiskutabel ist, er hat nämlich gegen die Experten, gegen seine eigenen Beamten etwas getan, dass er gesagt hat, wir machen andere Zonen, und in Sachen Umweltzonen hat er einen Vorschlag selber aus seinem Büro ventiliert, obwohl dort in der Expertengruppe das nie zur Diskussion gestanden ist, und hat dort eben kleinere Zonen, die nur einen Teil des Grazer Stadtgebietes betreffen würden, ventiliert. Und das wurde dann wieder an die EU weitergegeben zur Untersuchung. Was das bedeutet, können Sie sich vorstellen. Die Steirer nennen so etwas liebevoll halbschlau, der nicht wirklich gescheite Versuch mit taktischem Manövern über die Runden zu kommen, Runden heißt Gemeinderatswahlen in der Provinz und heißt Landtagswahlen und natürlich auch die Innenstadtwirtschaft gegen jene am Stadtrand auszuspielen. Diese Rechnung können wir ihm natürlich nicht aufgehen lassen, nicht aus taktischen oder parteipolitischen Gründen, sondern eben im Hinblick auf die sehr ernsten Gesundheitsfolgen, die jeden Tag damit eintreten. Das heißt, komme zum Punkt beziehungsweise zum Antrag: Es liegt jetzt eine weitere Ausrede, die bis jetzt strapaziert wurde, nicht mehr vor, es gibt jetzt in Sachen Immissionsschutzgesetz

vom Bund einen Entwurf, von dem ich hoffe, dass er auch demnächst beschlossen wird, es heißt, es gibt jetzt keinen Grund mehr, indem das Land beziehungsweise der zuständige Landesrat tätig werden könnte.

Ich stelle daher den

dringlichen Antrages,

der Gemeinderat möge beschließen:

Der zuständige Landesrat Ing. Manfred Wegscheider wird aufgefordert, umgehend alle geeigneten Maßnahmen zur Verhinderung von gesundheitlichen Schäden infolge Luftschadstoffen im Großraum Graz zu ergreifen. Dazu gehört insbesondere ein Maßnahmenplan, der die Einhaltung der geltenden Grenzwerte der Luftgüterichtlinie der EU sicherstellt. Bitte um Annahme. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, Herr Kollege Hagenauer! Es wird Sie wahrscheinlich nicht verwundern, dass die Freiheitlichen gegen die Einführung von Umweltzonen sich stellen, wir haben auch schon entsprechende Bürgerinitiative gestartet, es haben schon tausende Steirer hier ihren Unmut bekundet. Sie sind gegen diese Umweltzonen zu Recht und es gibt auch schon erste Zahlen aus Deutschland. Es zeigen die Evaluierungen, dass keine deutlichen positiven Auswirkungen nach Einführung der Umweltzonen auf die Luftgüte sich bestätigt haben, das belegt die Studie des ADAC in Stuttgart, die Feinstaubzone hat lediglich 3 % Feinstaubrückgang bewirkt. Das ist, was den Aufwand betrifft, eine sehr marginale Ausbeute, es gibt auch in 30 anderen Städten bereits eine Umweltzone und die haben diese Studienergebnisse nicht einmal veröffentlicht, also sie halten diese Zahlen mit gutem Grund zurück. Sehr geehrter Herr Kollege Hagenauer! Spektakuläre Erfolgsmeldungen für die Umweltzone sehen anders aus, von einer derartigen Maßnahme werden natürlich wieder vor allem einkommensschwache größere Familien betroffen, es ist also keine soziale, sondern eine Maßnahme, die vor allem sozial Schwächere betrifft. Und da ist vor allem die

Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker zuständig, sie ist ja heute leider nicht da, aber gerade sie ist es, sie sollte für einen fließenden Verkehr sorgen, sollte endlich schauen, dass die Rot-Phasen reduziert werden und damit sie nicht mit ihrer Verkehrspolitik weiters erhöhte Feinstaubwerte produziert. Aber ich kann auch den Herrn Bürgermeister da nicht ganz auslassen, seine Linie ist ja nicht ganz klar, anfangs war er ja positiv überzeugt von den Umweltzonen, mittlerweile ist er eher wieder zurückhaltend und ich bitte ihn da einmal, dass er sich mit seiner ÖVP-Kollegin, der Frau Landesrat Edlinger-Ploder, zusammensetzt, weil sie hat eindeutig bei einem Symposium gesagt, ich zitiere die Kleine Zeitung, sie sagt: Umweltzonen stehen mit ihrem geringen Nutzen in keiner Relation zum finanziellen und bürokratischen Aufwand. Also bitte, fragen Sie bei Ihrer Kollegin und stoppen Sie dieses Programm für Graz. Es sind natürlich auch beide Autofahrerklubs gegen die Einführung von Umweltzonen, der ARBÖ und der ÖAMTC, ich nenne hier einen Grund, ein Pkw-Kauf ist für die meisten Bürger eine langfristige und eine wohlüberlegte Entscheidung und Details über die wesentlichen Informationen, wie funktioniert die Klassifizierung der Fahrzeuge, die gibt es ja de facto in Österreich nicht, weil in Deutschland ist im Zulassungsschein diese Kennung, diese ist in Österreich nicht vorhanden, also jeder Konsument kann nur diese Beschränkungen erahnen, und das ist eben auch eine kalte Enteignung für jeden Autobesitzer, der ein älteres Fahrzeug besitzt. Also, wenn Sie schon was gegen den Feinstaub tun, bitte ich Sie, das Problem besteht, das ist mir bewusst, beginnen Sie beim Hausbrand, schauen Sie, dass bei der Industrie hier bessere Filteranlagen eingesetzt werden, aber sabotieren Sie nicht ständig den Individualverkehr. Abschließend sage ich, wenn Sie morgen noch fahren wollen, dann unterschreiben Sie heute unsere Initiative (*Applaus FPÖ*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kollegen und Kollegen, lieber Peter! Du bist ein alter Hase, ich bin ein alter Hase, wir brauchen uns da nichts vormachen. Auf so vordergründige Art und Weise zu sagen, lieber Manfred Wegscheider, jetzt tu was, genauso könnte ich auch sagen, liebe Lisa, auch wenn du nicht da bist, tu was, weil ich denke, heute die Aussendung des VCÖ, Messstelle Graz Mitte, heuer bereits an 31 Tagen zu hohe Belastung, damit der Jahresgrenzwert überschritten ist, hätte

schon längst gehandelt werden müssen, ist auch klar, wenn ich erinnere an die Lisa ihren Wahlkampf, wo es geheißen hat, was ist zu tun, Fahrverbote, Gratis-Straßenbahnen, Busse an Tagen, wo die Grenzwerte überschritten sind. Aber ich mache es mir nicht so einfach, weil ich nehme dich und ich nehme die grüne Fraktion sehr, sehr ernst und warum ich sie sehr, sehr ernst nehme, ist an der Sache gemessen, dass es hier um den sensiblen Bereich der Gesundheit der Menschen und den Schutz der Umwelt geht und deswegen geht es um eine seriöse Vorgangsweise. Seriös, Peter. An der Umsetzung der geplanten Grazer Umweltzonen hat es deswegen gehapert, weil bisher die Rahmenbedingungen rechtlich nicht vorhanden waren, nämlich das Nichttätigwerden der Bundesregierung, um das konkret zu machen beim Dipl.-Ing. Nikolaus Berlakovich. Jetzt liegt seit, und die Landesumweltkonferenz vom 19. Juni hat es auch noch einmal in Salzburg festgehalten, dass es um die Ausarbeitung von Regelungen geht. Jetzt gibt es seit 30.10., wie du weißt, Peter, ich hoffe, du weißt es, seit 30. 10., sonst hättest du es nicht erwähnt, die Novelle zur IG Luft, die in Begutachtung ausgesendet worden ist, die derzeit auch über das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 13a und 13c, evaluiert wird und eine Stellungnahme auszuarbeiten sein wird. Diese Stellungnahme an das Bundesministerium ist bis 11. Dezember vorzulegen. Ich nehme auch an, dass es auch aus Lisa Rückers Ressort auch eine Stellungnahme geben wird und davon gehe ich aus, weil sonst ich deinen Dringlichen nicht als eine Art Hilferuf verstanden hätte. Nämlich gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Die Frist ist wie gesagt der 11. Dezember, es ist auszugehen, dass es eine Vielzahl von Stellungnahmen zu dem Novellen-Entwurf geben wird und dass mit einer Beschlussfassung der IG Luft-Novelle Februar/März 2010 zu rechnen sein wird. Dann ist es erst möglich, konkret betreffend Umweltzonen vorzugehen. Was auch noch immer fehlt, ist die Kennzeichenverordnung, die auch in die Kompetenz des Bundes fällt, wie du weißt. Wir haben bisher eine sehr seriöse Vorgangsweise gehabt, Peter, wir haben diese gemischte Arbeitsgruppe Elan Stadt, wir haben den Umweltausschuss, der immer mit Fachleuten bestückt, Fachfrauen, Fachmännern bestückt uns immer seriös Bericht erstattet über den Gang der Dinge, über neue Entwicklungen, wir sollten diese seriöse Vorgangsweise beibehalten ohne Polemik und ohne im Lichte einer künftigen Landtagswahl auch jetzt heftig zu werden. Denn die Experten prüfen nämlich derzeit ganz genau die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen, Varianten, ob das nun der Wegscheider-Vorschlag ist, ob es die

Vorschläge der Expertinnen und Experten sind, es geht auch um die Wirkung zu prüfen in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen und in dieser Woche wird eine entsprechende Studie vorliegen, die auch die weiteren Schritte zur Umweltzone notwendig machen. Klar war immer, und das war die Aussage von Umweltlandesrat Wegscheider, es geht nur gemeinsam mit der Stadt und es kann nur gemeinsam mit der Stadtregierung eine gemeinsame Vorgehensweise geben, also ich bitte dich Peter, auch mit der grünen Fraktion, dass du dich mit dem Koalitionspartner auch um die Umsetzung und eine gemeinsame Vorgehenslinie einigst. Nur in diesem Sinne können wir nämlich eine Zustimmung geben, nämlich, weil wir nicht ablehnen wollen die Gesundheits- und Umweltgründungen, wir sehen das als Hilferuf an das Land, wir geben die Unterstützung, wir geben dem Dringlichkeitsbezug die Zustimmung und auch dem inhaltlichen Aufruf. Genau genommen ist das im Laufen und muss abgewartet werden, bis das Gesetz in Kraft getreten ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen, lieber Antragsteller Hagenauer! Ganz einfach, der Dringlichkeit und dem Antragstext selber, wie er im Antrag formuliert ist, stimmen wir seitens des BZÖ zu, weil das Thema virulent ist, das Thema Feinstaub ist zu lösen, aber dafür haben wir nicht die EU gebraucht, um das zu wissen. Wer sich alte Fotos anschaut, lange vor EU-Zeiten über die Wettersituationen in Graz, vor allem in Wintermonaten mit den Immissionswetterlagen, mit der damals so vielen Braunkohle die verheizt worden ist, weiß, welche Situation Graz erlebt hat, noch lange bevor es die EU gegeben hat. Zwischenzeitlich wissen wir auf Grund des medizinischen Fortschrittes, wissen wir über die Auswirkung, die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen des Feinstaubes Bescheid, und wir wollen natürlich auch, dass der zuständige Landesrat nicht arbeitslos wird und dass er seine Sache tut und wenn die entsprechenden Grundlagen da sind, dann sind wir schon sehr gespannt, welche Initiativen da seitens des Landes kommen und die werden wir uns dann genau anschauen. Insofern volle Zustimmung zu dem Antrag, ich glaube nur, sollte das im Antrag inkludiert sein, dass man die Einführung von Umweltzonen für den Individualverkehr plant, dass das der falsche Weg ist, das ist auch die klare Position des BZÖ, nämlich, weil wir uns viel größere Effekte erwarten, wenn man die Industrieabgase und vor allem die Abgase

und Immissionen seitens der Heizungen in Graz besser unter Kontrolle bringt. Da muss man sich natürlich auch wirtschaftlich und kaufmännisch etwas einfallen lassen, weil das alles auf dem Rücken, auf dem Buckel der Hauseigentümer und der Mieter zu verlagern und dort die Lasten abzulegen, das wird es nicht geben, da sind wirklich kreative Geister gefragt, um hier entsprechende Lösungsansätze zu konzipieren und dies ist für uns der richtige Weg zu gehen. Dankesehr (*Applaus BZÖ*).

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin zunächst einmal sehr froh eigentlich, dass eine Diskussion hier im Gemeinderat vollkommen ausbleibt, nämlich die Diskussion um die gesundheitlichen Auswirkungen des Feinstaubes. Die sind nämlich bei allen Expertinnen und Experten...

Bgm. Mag. **Nagl**: Pardon, Herr Gemeinderat, zur Dringlichkeit ist jetzt nicht möglich, dass die ÖVP spricht, wir sind Mitantragsteller, bitte etwas später. Meine geschätzten Damen und Herren, jetzt der Antragsteller zum Schlusswort, oder holen wir es dann bei der Debatte nach? Entschuldigung, ist die Dringlichkeit im Vorfeld ermittelt worden, deswegen sind wir schon bei der Debatte.

GR. **Mayr**: Die Diskussion um die gesundheitlichen Auswirkungen des Feinstaubes führen wir hier nicht zum Glück. Sehr wohl wird natürlich oft diskutiert, wo liegen die Verursacher für den Feinstaub und wo kann man ansetzen. Eines ist natürlich ganz klar, natürlich ist der Bereich der Heizungen ein wesentliches Thema, das ist auch seit Jahren, seitdem sich auch der Gemeindeumweltausschuss in der letzten Gemeinderatsperiode schon damit beschäftigt hat, Maßnahmenpakete entwickelt hat, ein wesentliches Thema, und hier werden auch laufend Maßnahmen gesetzt. Geht es um den Ausbau der Fernwärmeversorgung, es gibt eine entsprechende Umstiegsförderung im Heizungsbereich, wo sehr wohl gerade sozial Schwache

massiv unterstützt werden, es werden bis zu 100 % der Neuinvestition gefördert. Also hier gibt es massive Maßnahmen, um in diesem Bereich weiterzukommen, das ist auch ganz klar, ist eine wesentliche Schiene. Die Industrie, und das muss man schon ganz ehrlich sagen, und wer sich im Gemeindeumweltausschuss auch schon näher damit beschäftigt hat, weiß das, die Studien auch der Technischen Universität weisen nach, dass die Industrie auch auf Grund der Luftschadstoffdiskussion in den letzten Jahrzehnten massiv aufgerüstet hat und eigentlich schon weitestgehend auf einem sehr modernen Stand ist und hier nicht mehr viel zu gewinnen ist. Der Verkehr ist der zweite große, wesentliche Verursacher im Feinstaubbereich und da gibt es immer wieder das Argument, na ja die Emissionen, die Auspuffemissionen, die liegen zwischen 12 und 15 %. Ja, das ist richtig, aber dazu kommt der Aufwirbelungseffekt, der Abriebeffekt und somit haben wir im Stadtgebiet eine durch den Verkehr verursachten Feinstaubanteil von zirka 40 % auf oder ab. Die Maßnahmen liegen jetzt ganz eindeutig natürlich zunächst einmal auf der Landesebene bei dem Umweltlandesrat, jetzt, sozusagen wenn die bundesgesetzlichen Möglichkeiten gegeben sind, hier in der Sache weiterzukommen. Ich bin sehr froh darüber, dass auch noch einmal bestätigt wurde von eurer Seite, von der Seite der Sozialdemokraten, dass das natürlich nur im Einklang mit der Stadt möglich sein und sinnvoll sein wird. Wir erleben trotz allem jetzt eine Diskussion, wo die Experten auch in dieser Arbeitsgruppe ganz klar auf etwas abzielen, nämlich eine sinnvolle Maßnahme kann nur das gesamte Gebiet betreffen, in dem sozusagen eine Luftsanierung vorgegeben ist, also das kann jetzt nicht nur die Stadt Graz selbst in ihren eigentlichen Grenzen oder vielleicht gar nur einen kleinen Teil der Stadt betreffen, sondern sinnvollerweise das gesamte ausgewiesene Luftsanierungsgebiet auf der gleichen Ebene, das würde die südlichen GU-Gemeinden natürlich mitbetreffen und hier sind wir wohl etwas hellhörig geworden, wie es geheißen hat, es gibt den Auftrag von Seiten des Landesrates an die Experten, hier kleinere und wahrscheinlich auch von ExpertInnenseite vollkommen als nicht wirksam bewertete Zonen, kleine Zonen im innerstädtischen Bereich noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen. Ich würde auch aus der wirtschaftlichen Sicht, es gab letzte Woche eine Veranstaltung in der Wirtschaftskammer von der Geschäftsstelle Graz, wo ein Handelsexperte aus Deutschland eingeladen wurde, wo es im Prinzip schon darum ging, wie sind diese Umweltzonen ausgestaltet, das ist in Deutschland ja auch nicht einheitlich. Es gibt diese einheitliche Kennzeichnung, aber die Umweltzonen sind in

den einzelnen Städten durchaus unterschiedlich ausgeführt und da merkt man natürlich ganz klar, dort wo sinnvollerweise das gesamte notwendige Luftsanierungsgebiet einbezogen sind, sind auch die Effekte auf den Handel bei weitem nicht so gegeben, wie wenn man nur einen kleinen Teil nimmt. Letzter Punkt, neben der Ausweitung der Zone ist natürlich noch etwas festzuhalten, die Frage wann das Ganze in Kraft tritt, ist auch ein wesentlicher Bestandteil. Also die Dringlichkeit ist insofern gegeben und auch die rasche Umsetzung (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hagenauer:** Ich möchte nur ganz kurz auf ein paar Punkte eingehen. An die freiheitliche Partei, Herr Kollege Lohr, Sie haben den Antragstext gelesen, denke ich, ich habe ihn auch noch einmal vorgetragen hier, es war kein Antrag auf eine Umweltzone, sondern es war ein Antrag auf einen Maßnahmenplan, und es war ja auch schon bisher die Lage so, ich habe es erwähnt, dass die Europäische Union unseren Maßnahmenplan, den wir bis jetzt hatten, zurückgeschmissen hat, obwohl da alle anderen Bereiche wie etwa Heizung oder Bausektor etc., Industrie inklusive, Landwirtschaft schon enthalten waren. Das heißt, die Debatte, wenn Sie sich nur ein bisschen mit der Materie auseinandergesetzt hätten, geht ja nicht in die Richtung, dass man entweder/oder macht, sondern es ist selbstverständlich und unbestritten, dass wir alles brauchen und dass es eben ohne adäquate Maßnahmen im Sektor Verkehr, der in etwa zu 50 % der Verursacher ist, überhaupt keine Chance besteht, jemals die Grenzwerte einzuhalten, das ist das eine. Ist überhaupt keine Debatte, dass in allen Bereichen Maßnahmen zu setzen sind, das Zweite, der ADAC ist eine Interessensvertretung, Sie werden die Schnapsindustrie auch nicht zu einer Kampagne bringen über die Wirksamkeit oder Schädlichkeit von Alkohol, große Aussagen zu machen, es ist der Job des ADAC, die Autofahrer zu vertreten, falls Ihnen das entgangen sein sollte, zum Ersten. Zum zweiten, 5 % Abnahme, ja in welcher Phase? Seit wann laufen denn die Umweltzonen? Das muss man dazusagen. natürlich ist in der ersten Stufe der Wirksamkeit noch keine dramatische Auswirkung da, das ist ja auch der Sinn der Sache, wie Sie selber angesprochen haben, das man den Leuten die Zeit gibt, und das macht ja auch den Ernst der Lage aus und das ist ja auch der Sinn meines Antrages, dass man in der Steiermark genau diese Jahre verrinnen lässt, obwohl bei uns die Werte wesentlich höher sind

als in allen deutschen Ballungsräumen. Ich brauche dann noch die Übergangsfrist, ganz in Ihrem Sinn, um den Betroffenen also die Härten zu ersparen, wie soll sich denn das alles ausgehen? Und ein Wort, ich will dem Kollegen Mayr nicht widersprechen, aber ich mache eine Anmerkung oder einen Erklärungsversuch, Herr Kollege Mayr. Ich habe eine Theorie, warum hier nicht debattiert wird über die Gesundheitsauswirkungen, ich beantworte das mit einem Zitat von Erhard Busek, der hat gesagt, die Politiker neigen dazu, den Menschen so lange in den Mittelpunkt zu stellen, bis er Plattfüße hat. Was will ich damit sagen? Diese Beteuerungen, dass man die gesundheitlichen Auswirkungen ja so ernst nehme, die kannst alle vergessen, um jemand anderen zu zitieren: An ihren Werken sollt ihr sie erkennen, wenn Sie wissen, wen ich meine. Das zählt und sonst gar nichts und da sieht man sehr schön das Menschenbild der Freiheitlichen übrigens an so einer Debatte, da brauche ich gar kein Parteiprogramm lesen, der Stärkere hat Recht, das ist das, von dem sich der Herr Kollege Lohr leiten lässt, und die Schwächeren sollen schauen, wo sie bleiben, das ist das eine Prinzip, kennen wir, historisch tradiert und das zweite, wie fange ich möglichst viele Stimmen ein und dann rennt er halt herum, tut Unterschriften sammeln und Gruselgeschichten erzählen. Aber den Leuten ins Gesicht zu sagen und zu sagen, passt auf, ich nehme in Kauf, dass ihr vorher sterbt, dass eure Kinder krank werden, den Mut, Herr Kollege Lohr, den müssen Sie erst einmal aufbringen. Im Übrigen noch in aller Kürze, es gibt in der Tat, da gebe ich Ihnen Recht, zahlreiche deutsche Städte, jede Woche kommen welche dazu, die diese Umweltzonen einführen, übrigens auch wegen Stickstoffdioxid, nicht nur wegen Feinstaub, das wir übrigens auch nicht einhalten können, aber wenn das Ganze so erfolglos wäre, haben Sie schon einmal nachgedacht, dann würden nicht schon über 30 deutsche Städte das in der Tat einführen. In dem Sinne und noch einen letzten Satz in Sachen Seriosität, lieber Karl-Heinz Herper. Ich bleibe bei meiner Einschätzung, der Herr Landesrat hat ein Jahr lang seine Leute arbeiten lassen für ein, im Falle Umweltzone, für das lufthygienische Sanierungsgebiet, das heißt Graz und Umgebungsgemeinden, und jetzt vor kurzem ist er draufgekommen angesichts des nahenden Wahltermins, dass man kleinere Zonen machen müsse. Tut mir leid, danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 20.30 Uhr den Vorsitz.

5) Solidarität mit den Protestaktionen an den Universitäten

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Vorsitzender! Die Protestaktionen an den Grazer Universitäten und faktisch allen Universitätsstandorten in Österreich haben eine große gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Der freie Zugang zur Bildung und eine demokratische Universitätsreform sind im Interesse der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung.

Wir weisen auch darauf hin (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass nicht nur die Studentinnen und Studenten selbst Leidtragende der Bildungsmisere an den Universitäten sind. Die Zustände für das wissenschaftliche Personal sind ebenso untragbar wie die Verhältnisse für die Studierenden in den Hörsälen. Junge Wissenschaftler brauchen eine Zukunftsperspektive an der Universität, das heißt, gesicherte Arbeitsverhältnisse zu angemessenen Löhnen, die es ihnen auch ermöglichen, viele Jahre ihres Lebens für die Wissenschaft zu arbeiten.

Die Studierenden erwarten, dass sich die stets wiederholten Beteuerungen über die Bedeutung des Wissenschafts- und Bildungsstandortes Österreich auch in der entsprechenden Budgetierung zeigen.

Durch die anhaltenden Studentenproteste wurde die Öffentlichkeit endlich auf die Problematik aufmerksam gemacht. Sie verdienen die Unterstützung des Gemeinderates.

Ich stelle daher namens der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz unterstützt sowohl die Aktionen als auch die Forderungen der protestierenden Studentinnen und Studenten und fordert die

Bundesregierung auf, rasch befriedigende Lösungsvorschläge für die dringendsten Probleme an den Universitäten zu erarbeiten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPÖ unterstützt selbstverständlich die Anliegen der Studierenden, wie es bereits Wolfgang Riedler und unser Klubobmann Karl-Heinz Herper bereits öfters öffentlich auch kundgetan haben. Überfüllte Hörsäle, zu wenig Personal, miserable Ausstattungen, das sind einfach unzumutbare Arbeitsbedingungen. Dass unter solchen Rahmenbedingungen Ausbildung wie Forschung leiden, liegt auf der Hand und was dann in weiterer Folge für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Österreichs bedeutet, sollte auch dem Herrn Wissenschaftsminister klar sein, denn jeder Cent, der im Bildungsbereich eingespart wird, verschlechtert auch Österreichs Chancen im internationalen Wettbewerb und natürlich auch die Chancen der Stadt Graz. Die SPÖ stimmt daher der Dringlichkeit zu (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich glaube, es ist unbestritten, dass es massive Probleme auf den österreichischen Universitäten gibt. Dennoch glaube ich, und für uns ist dieser Antrag einfach zu wenig konkret und zu wenig aussagekräftig, dass wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen können. Ich möchte aber ganz kurz auch einmal in Erinnerung rufen, beziehungsweise hier darauf eingehen, warum diese Proteste eigentlich entstanden sind. Ausgegangen sind diese Proteste in Wien auf der Kunstuniversität, wo man sich darüber Gedanken gemacht hat und dagegen protestiert hat, dass diese durch den Bologna-Prozess oder durch die Bologna-Reform hervorgegangene Änderung eigentlich etwas ist, mit dem man in keinsten Weise zufrieden sein kann. Wir stehen vor einem Problem, dass wir mit diesem neuen System eine erneute Menge an arbeitslosen Akademikern in Wirklichkeit produzieren aus dem Grund, weil Bachelor-Absolventen in Wirklichkeit nicht anerkannt werden, weder im Magistrat hier in Graz noch im Land, noch in der Anwaltskammer; dort sind sie vielleicht bessere Aktenschlepper, aber sonst nichts, das heißt, das ist das wirkliche Problem, da ist einfach die Gesellschaft, da sind die

Institutionen hinten nach und daran hat sich der Protest berechtigterweise auch aufgehängt und ist dann natürlich weitergegangen und hat sich verbreitet, mittlerweile auch über die Grenzen unseres Landes hinaus (*Applaus FPÖ*). Ich glaube, was man hier aber auch sagen muss, ohne die Freiheit auf Demonstration in Abrede zu stellen, ist immer auch die Frage des Wies oder wie wird protestiert, und da muss man schon auch ganz einfach attestieren, dass durch die Hörsaalbesetzungen, wo man jetzt schon mit teurem Geld ausweichen muss in Hörsäle von, beziehungsweise in Säle von, Kinos, dass hier das Ganze auch ideologienpolitisch, allgemeinpolitisch (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) auch ganz einfach missbraucht wird. Stichwort: Audimarxismus, also so viel dazu, es ist immer eben auch wie gesagt, die Frage, wie man damit umgeht. Ich meine, es ist klar um was es geht, auch wenn es den Studenten selber vielleicht nicht so klar ist, für was sie demonstrieren, ich meine, die einen sagen, es geht um die Bologna-Reform, die anderen demonstrieren für den freien Hochschulzugang, die nächsten gegen Zugangsbeschränkungen, dann wieder gegen die Studiengebühren, dann sind sie wieder für mehr Mitsprache, dann sind sie wieder für mehr Bildung statt Ausbildung, also gegen die Verschuldung des Universitätsbetriebes, also da gibt es eine Fülle an Forderungen und ich denke, dass man jetzt daran gehen sollte, sich wirklich an einen Tisch zu setzen, Lösungen zu erarbeiten, da schließt sich auch die freiheitliche Partei selbstverständlich an, hier mitzudiskutieren. Es geht ums Geld, das ist keine Frage, wir können auch offen darüber reden, wie viel das sein muss, es kann bis zu sogenannten Bildungsmilliarde gehen, das ist auf jeden Fall etwas, ich komme zum Schlusswort, wo wir uns nicht verschließen. Diese vernünftigen Gespräche haben jetzt stattzufinden, aber dieser Antrag geht uns entschieden und zu wenig weit und deswegen lehnen wir ihn ab. danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Rajakovics: Lieber Kollege Fabisch! Ich kann mich nicht ganz dem Vorredner anschließen, aber über weite Strecken. Wenn ich den Antragstext lese und dann überlege, da soll es einen Entschluss des Grazer Gemeinderates sein, dann denke ich wirklich auch, liebe KollegInnen, die da gesagt haben, sie stimmen dem zu. Also ein bisschen mehr Seriosität gehört schon her. Es gibt weder die Universität, noch gibt es die Studenten, noch gibt es die Probleme und ich möchte jetzt wirklich fragen

von allen, die da jetzt zustimmen, welche Forderungen, von welcher Fakultät, von welchen Demonstranten usw. werden da jetzt von euch unterstützt? Weil einen Antrag da hier zu beschließen, dessen einziger Inhalt ist, die Proteste zu unterstützen, wobei Proteste und Demonstrationen ein demokratisches Grundrecht ist, das finde ich sehr, sehr eigenartig. Ich erwarte mir normal, dass wenn wir einen Antrag hier beschließen, das klar ist, wir beschließen, dass von mir aus am Standort Graz soundsoviele Einrichtungen mit soundsoviel Geld unterstützt werden sollen. Solche Anträge, wenn wir schon so, salopp formuliert, so ein bisschen hingehudelte Dringliche bekommen,....

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Nein, nicht Petition, wir reden ja von einer Petition in Wirklichkeit oder in irgendeiner Weise zumindest klar machen, was möchte ich wirklich mit meinem Antrag. Nur eine Solidaritätsbekundung vom Gemeinderat zu verlangen (*Applaus ÖVP*), das ist wirklich entschieden zu wenig und wie gesagt, wir haben einen Vorkämpfer für die Fachhochschulen in unserer Partei, wir haben uns immer dafür ausgesprochen, dass es Studiengebühren, die nämlich in einem sehr moderaten Rahmen waren in Österreich, dass die beibehalten werden sollen, damit die Universitäten mehr Geld haben, das ist alles genauso ähnlich in einer Husch-Pfusch-Aktion abgeschafft worden und jetzt wird gejammert, dass es nicht funktioniert. Jedenfalls alles für unsere Universitäten und die FHs, aber so einen Antrag im Gemeinderat passieren zu lassen, das wäre wirklich ein Skandal (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider:** Hoher Gemeinderat, lieber Thomas Rajakovics! Ich muss jetzt leider mich besonders an unseren Koalitionspartner hier richten, weil ich eines schon sagen muss, die Zustände im tertiären Ausbildungssektor in Österreich sind tatsächlich so,

dass es endlich und nur durch die Proteste und nicht auf eine andere Art und Weise zu den nötigen Diskussionen kommen wird, die zu den Verbesserungen führen werden, die unser Universitätssystem ansatzweise in die Richtung bringen werden, die dann eine Weltklasse-Uni sein werden, und mit diesem Slogan wurden von einer ÖVP-Bildungsministerin die Probleme und die Defizite, die es hier gibt, zu übertünchen versucht und das ist nicht die Politik, die hier genau eine Richtung vorgibt für das Bildungssystem.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Du hast dem Thomas nicht zugehört.

GR. **Schneider**: Euch steht natürlich auch frei, welche Forderungen zu unterstützen sind, es sind da sehr viele unterstützenswerte Forderungen dabei, zum Beispiel einen Abänderungsantrag zu machen.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Ich mach' nicht zu jedem Schmafu einen Abänderungsantrag.

GR. **Schneider**: Aber es ist genauso ein Schmafu, wenn man das hier einfach ablehnt, wenn man etwas ablehnt, was dringend nötig ist. Wenn man etwas ablehnt, nämlich das zivilgesellschaftliche Engagement von zahlreichen Leuten, die tatsächlich ein gesellschaftliches Problem in diesem Land endlich angreifen (*Applaus Grüne*). Aber es zeigt hier einfach auch eines, dass es euch doch nicht so sehr darum geht, diese Probleme wirklich zu lösen, die es auf den Unis gibt, und die sind wirklich mannigfaltig. Das sind Studienbedingungen, das ist das Ansehen von Studien, das leider besonders auch auf dem Arbeitsmarkt schlecht ist, es sind Forschungsbindungen für Leute, wo selbst Professoren nicht mehr dazu kommen,

entsprechend ihre Forschung und ihre wissenschaftliche Aufgabe zu erfüllen, es sind Arbeitsbedingungen für LektorInnen und AssistentInnen, die verbessert gehören und ein ganz wesentliches Problem in Österreich, nämlich die soziale Mobilität, das ist ein Thema, wo wir ganz schlecht liegen im europäischen Vergleich, nämlich ganz hinten und es stünde wirklich gut, daran mit Maßnahmen, die auch außerhalb der Universität liegen, das ist richtig, daran etwas zu ändern, weil eine Universität die letztlich nur eine soziale Schicht aufrecht erhält, brauchen wir nicht in unserem Land. In diesem Sinne, wir werden diesen Antrag selbstverständlich unterstützen mit dem Hinweis, dass es darum geht, dass die Universitäten wieder ihre gesellschaftlichen Funktionen erfüllen müssen in diesem Land, das ist die Forschung, das ist die Ausbildung, weder im Sinne von Revolution und von Reaktion. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich haben wir eine Bildungsmisere, der Bologna-Prozess ist in der Art und Weise gescheitert. Das sehen die Studenten, das sieht man aber auch in der beruflichen Praxis. Die Forderung, die seitens der Studentenproteste erhoben worden sind, ist aus meiner Sicht zum Teil widersprüchlich. Man kann nicht, nachdem alles ein Verteilungsproblem des Geldes ist, das Maximum fordern, das Maximum an Ausbildung, an Lehre und gleichzeitig aber keine Zugangsbeschränkungen schaffen und wir vor dem Problem stehen, dass hier aus dem EU-Raum hauptsächlich Studenten nach Österreich strömen, die eigentlich die Plätze unserer österreichischen Studentinnen und Studenten belegen, das ist das Problem und das wird sogar noch eskalieren im nächsten Jahr, wenn bereits sogar zwei Jahrgänge von deutschen Maturanten nach Österreich strömen, weil eben die Matura oder das Abitur, wie es dort heißt, von neun Gymnasialjahren auf acht im Rahmen der G8-Reform verkürzt wurde, also zwei Jahrgänge fertig werden und alle, die keinen Studienplatz in Deutschland bekommen, die den Numerus clausus in ihrem Fach nicht erreichen, werden nach Österreich kommen und hier einen Studienplatz begehren. Das ist ganz logisch und absehbar und insofern sind hier entsprechende Lösungen zu treffen, die wir seitens des BZÖ mit dem Bildungsscheck auch gefunden haben, aber da möchte ich keine Werbung hier dafür

machen, da kann jeder das entsprechend nachlesen. Was ganz entscheidend ist, ist, dass die Universität wirklich für Forschung und Lehre da ist und nicht für permanente Studentenproteste, die über Wochen und Monate gehen, wo Hörsäle dermaßen missbraucht werden, dass einfach die Ausbildung nicht mehr Platz greift. Für solchen Aktionismus, für solche Besetzung kann man eigentlich nur sagen, diese Hörsäle sind zu räumen, weil das sind keine Studenten, die wirklich täglich der Lehre sich geben, die studieren, sondern hier ist eine ganze Clique vorne dabei, die unter Berufsdemonstrierer zu sehen sind, die ein eigenes Berufsbild in Österreich prägen und dafür haben wir kein Verständnis und deswegen unterstützen wir auch nicht diesen dringlichen Antrag. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Ich habe es nicht anders erwartet. Ich habe mir nur überlegt, welches Haar in der Suppe wird die ÖVP jetzt finden, um einen Minister zu schonen, der entweder nicht weiß, was los ist auf den Unis oder dem es wurscht ist oder der diese Zustände vielleicht sogar will, ok. Vor zwei Tagen hat hier im Landtag, der ist ja hier, die KPÖ, die Grünen einen sehr detaillierten Antrag eingebracht, sehr detailliert. Auch den hat die ÖVP nicht akzeptiert. Ja, was wollt ihr denn, da redet ihr euch aus, zu wenig Details, die Details müssten allen klar sein, die, die sich halt damit beschäftigen wollen, keine Studiengebühren, die Raumproblematik an den Hörsälen ist eine Katastrophe. Es hat den Herrn Minister Hahn bis zu diesem Tag noch nicht gestört. Wir brauchen ein viel besseres Verhältnis von Lehrenden zu Studierenden, das weiß der Herr Professor sicher auch, das ist ein Problem, das wir in ganz Österreich haben, aber natürlich auch sehr stark in Graz. Ja, was heißt hier zu wenig detailliert, du meinst, es ist ein Schmafu, das ist eine Frechheit, merken wir uns natürlich, keine Zugangsbeschränkungen, das wollen wir natürlich auch haben.

Zwischenruf GR. Rajakovics: *Habe ich aber schon zurückgenommen.*

GR. Mag. **Fabisch**: Ja, ist schon recht. Professorinnen und Professoren und Rektorinnen und Rektoren unterstützen die Forderungen der Studenten, die einfach nur was wollen? Ordentlich studieren, das wollen sie und ordentlich ausgebildet werden für die Zukunft und ein Bildungsideal sich noch aneignen zu können, von dem sogar schon einmal der alte Herr Humboldt geträumt hat, das muss möglich sein. Reiche Eltern für alle, das war eines der originellsten Transparente, die die Studenten geschrieben haben, vielleicht gibt es in der ÖVP genug, für die das zutrifft, 80 % der Studierenden arbeiten neben dem Studium, das wissen die wenigsten. Soviel zu den Studiengebühren, von denen die ÖVP noch immer träumt. Demos und Besetzungen sind wirklich die einzige Sprache gewesen, nachdem ich am ersten Demo-Tag im Zeit im Bild 2 den Herrn Minister Hahn dilettieren gehört habe, bin ich selbst noch auf die Uni gefahren und war um Mitternacht im Hörsaal A und war sehr angetan von der Professionalität und der Solidität der Kolleginnen und Kollegen, die studieren. Von Chaos, von dem halt manche träumen, um es dann verbieten zu können oder abwerten zu möchten, von dem war keine Rede. Das Reinigungspersonal war schwer beeindruckt, mit welcher Disziplin die Abende abgelaufen sind. Ich kann nur zum Abschluss sagen, wenn das Geld nicht reicht, dann müssen wir zu dem zurückkommen, was die KPÖ seit langem fordert, die Reichensteuer wird auch das Bildungssystem verstärken. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Grüne Welle für Graz

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Her Stadtrat, hoher Gemeinderat! Vielen Städten Europas droht der Verkehrsinfarkt. Graz ist hierfür leider eher Paradebeispiel denn ein Ausnahmefall.

Scharen von Pendlern aus der ganzen Steiermark, vor allem aber aus den Grazer Umlandgemeinden, kommen auf dem Weg zu ihrer Arbeit nahezu täglich mit dem Pkw in unsere Stadt. Die Folgen sind ebenso hinlänglich bekannt, wie auch des Weiteren der Handlungsbedarf unsererseits nicht bestritten wird.

Nur stellt sich die Frage, ob die bislang diskutierten Fragestellungen und Themenlösungen wirklich ausreichend sind oder ob nicht auch andere Alternativen erwogen werden sollten.

Die EU-Richtlinie von 1999, sie war ja schon heute Thema im Gemeinderat, zur Verbesserung der Luftqualität verpflichtet die zuständigen Regierungen, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Belastungen mit Feinstaub und Stickdioxiden unter einen bestimmten, ständig sinkenden Schadstoffgrenzwert reduziert werden können.

Welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, bleibt allerdings jedem Mitgliedsstaat selbst überlassen.

Im Zuge der Zusammenarbeit von ÖVP und Grünen wurde ausgiebig von der Reduktion des motorisierten Individualverkehrs gesprochen, von höherer Ebene könnten uns sogar sogenannte Umweltzonen aufoktroiert werden.

Abgesehen von der Tatsache, dass in der Folge zahlreiche Grazer ihren Pkw nicht mehr benutzen dürften und sozusagen kalt enteignet würden, wären zahlreiche Pendler, deren Pkw die jeweiligen Auflagen nicht erfüllen, aus unserer Stadt ausgesperrt.

Allerdings könnte eine andere Lösungsvariante durchaus erfolgversprechend sein und weniger drastisch in das Vermögen der Bürger eingreifen.

Fahrzeuge, die vor ständig roten Ampeln anhalten und wieder anfahren, stoßen Unmengen an Schadstoffen wie Feinstaub aus. Doch ein in Hannover erfolgreich getestetes Modell kann wesentlich zur Feinstaub- und Schadstoffreduktion beitragen.

Mittels einer speziell entwickelten Software, die die Stopps von Autos an Ampeln verringern und den Verkehrsfluss verbessern soll, können drastische Einsparungen im Treibstoffverbrauch und im Schadstoffaustausch erzielt werden.

Das Optimierungspotenzial kann allerdings nur dann erreicht werden, wenn keine Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs - wie es in Graz mit den GVB der Fall ist - zu berücksichtigen ist.

Wesentlich ist aber, dass gemäß einer diesbezüglichen Studie der Universität Hannover, und jetzt bitte zuhören, durch den gestiegenen Verkehrsfluss auch für den öffentlichen Verkehr keine ausufernden Wartezeiten entstehen.

Die relevante Software koordiniert Ampelschaltungen, die in einem größeren Straßennetz aufeinander abgestimmt sind, und sorgt mittels einfacher Bedienungstechnik sowie entsprechender Verkehrssimulationen für nahezu optimale Lösungen.

Die bislang vorliegenden Untersuchungsergebnisse empfehlen jedenfalls auch die Anwendung in anderen deutschen Städten.

Da bei der geplanten Einführung von Feinstaubzonen der deutsche Nachbar als Vorbild diente, empfehle ich nun einen zweiten Blick über die Grenze zu unserem Nachbarn zu werfen, die dort erzielten bescheidenen Ergebnisse von Umweltzonen zur Kenntnis zu nehmen und andere Lösungsvarianten zu prüfen.

Ich stelle namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs nachstehenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, die Einführung einer derartigen Software unter Aufhebung des Vorranges von Fahrzeugen der GVB zu prüfen und in der Folge die Auswirkungen auf unsere Stadt hinsichtlich des zu erwartenden Schadstoff- und Feinstaubausstoßes zu evaluieren und die Ergebnisse hierauf dem Gemeinderat zur weiteren Behandlung und Beschlussfassung vorzulegen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Namens der SPÖ-Fraktion möchte ich nur darauf hinweisen, und es gibt ja zahlreiche Anträge, dringliche Anträge, Anfragen in diese Richtung, dass wir uns immer schon zur sanften Mobilität bekannt haben und auch in Zukunft bekennen. Zu dieser, und die sanfte Mobilität bedeutet natürlich ganz klar auch eine Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs. Bei allem Verständnis für den Antrag meines Sitznachbarn und auch in seiner Festhaltung, dass in Graz einiges im Verkehrsfluss nicht stimmt, um es sehr sanft auszuformulieren, und auch diesbezüglich möchte ich darauf hinweisen, dass ich ja auch das eine oder andere Mal hier gestanden bin und die zuständige ressortverantwortliche, die Frau Vizebürgermeisterin, gebeten habe, hier in Bezug auf Entstaunungsmaßnahmen uns einmal kundzutun, was sie zu tun gedenkt, um eben hier Staus zu verhindern beziehungsweise den Verkehrsfluss zu beschleunigen, um eben hier entsprechende Maßnahmen zu setzen. Und da gebe ich dem Kollegen Ing. Lohr insofern Recht, dass hier die Kollegin, die Frau Vizebürgermeisterin, sehr säumig ist. Nur glauben wir und sind wir überzeugt, dass diese vom Kollegen Lohr angeschnittene Möglichkeit, nämlich Gleichrangigkeit des Individualverkehrs mit dem öffentlichen Verkehr das falsche Signal ist und der falsche Lösungsansatz ist. Ich glaube, und wir sind überzeugt, dass es hier bessere und sinnvollere Möglichkeiten gibt, aber wo ich ihm Recht gebe, mir ist wirklich der Umstand, dass es hier tatsächlich höchste Eisenbahn wäre, um im öffentlichen Verkehr zu bleiben, um hier Maßnahmen zu setzen, um diese Staubildungen in Graz hier zu unterbieten. In diesem Sinne glaube ich, wird auch der Kollege Lohr hoffentlich Verständnis haben, wenn ich ihm jetzt leider kundtun muss, dass die SPÖ-Fraktion weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmt (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Lohr! Es ist immer wieder verblüffend und Aufmerksamkeit erregend, Modellversuche aus anderen Städten als spektakuläre Lösungen für Grazer Probleme zu präsentieren. Sie beziehen sich in Ihren Ausführungen auf das Modell Hannover, auf das sie ja auch ausführlich eingehen. Wir haben allerdings den Eindruck, dass Sie da nicht wirklich gut recherchiert haben, sondern sich einfach eine Studie aus dem Netz herunterzogen haben, während wir

uns die Mühe gemacht haben, wirklich mit den Zuständigen in Hannover Kontakt aufzunehmen, und wir haben auch in diesem Zusammenhang ein sehr viel beachtetes Urteil des Hannoverschen Verwaltungsgerichtes bekommen, das genau zeigt, wie schlecht Ihre Recherche ist, ich darf daraus zitieren, dort steht nämlich: Verkehrslenkende Maßnahmen, zum Beispiel die Optimierung der grünen Welle sieht das Gericht ausdrücklich nicht als Alternative, ausdrücklich nicht als Alternative, das ist die Rechtsmeinung des Verwaltungsgerichts und dann kommen sie zu folgender Begründung: Denn, wenn die Fahrt mit Bus oder Straßenbahn durch längere Fahrzeiten unattraktiver und gleichzeitig die Fahrt mit dem Privat-Pkw wegen verringerter Wartezeiten vor den Ampeln kürzer und angenehmer wird, liegt das für das Gericht auf der Hand, dass die Bürger für die Fahrt in die Innenstadt verstärkt den eigenen Pkw wählen werden. Damit aber würde die Verringerung der Abgasemissionen, die man durch weniger Beschleunigungsvorgänge nach der Wartezeit vor der roten Ampel erreichen könnte, durch die Zunahme des Straßenverkehrs kompensiert. Das heißt, dass dadurch noch mehr Stau entstehen würde und das wundert mich jetzt besonders, Herr Gemeinderat Lohr, denn das, was Sie hier eigentlich machen, ist der autofahrerinnen- und autofahrerfeindlichste Antrag, den wir seit langem gehört haben, weil Sie durch die Maßnahmen, die Sie fordern, den Stau in Graz verstärken würden und so wirklich ein Verkehrschaos herbeiführen würden, wie es ja derzeit nicht vorliegt. Zum zweiten Punkt haben wir uns natürlich auch angeschaut, wie das in der Stadt Graz derzeit funktioniert. Und zwar derartige Ampelsteuerungen sind sogenannte adaptive Netzsteuerungen, sind nicht nur an den zuständigen Stellen im Straßenamt bekannt, solche Steuerungen werden bereits seit Jahren in Graz vor allem in der Innenstadt angewandt. Das in Hannover getestete Steuerungsmodell ist keineswegs eine Wunderwaffe, die man bloß kaufen und im Grazer Verkehrsrechner einbauen muss, um den erwarteten Erfolg zu haben, vielmehr sind die Randbedingungen zu beachten, die dem Einsatz einer solchen Steuerung zugrunde liegen. Grazer Randbedingungen sind zum Beispiel die große Ampeldichte, die unabhängig vom eingesetzten Steuerungsverfahren, das Schalten von guten grünen Wellen einschränkt. Weiters ist das Kapazitätsproblem im Grazer Straßenraum und vor allem...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zeit bitte, Frau Gemeinderätin.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ja, eine Minute noch.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es ist aber schon dreieinhalb Minuten.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: ...also der im Verhältnis zum Verkehrsaufkommen beschränkte Straßenraum zu nennen. Hannover ist übrigens im Gegensatz zu Graz weitgehend eine Neubaustadt mit einem großzügigen Straßennetz. Das Grazer Straßenamt ist wirklich Vorreiter...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Freie Reden halten.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: ... wenn ich zitiere, kann ich nicht frei reden, weil da muss ich zitieren. ...das Grazer Straßenamt Vorreiter und daher hat dieser Antrag keine Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

GR. **Eber**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat und lieber Kollege Lohr! Also ich glaube, dass in diesem Antrag sehr wohl einige Grundideen drinnen sind, denen wir näher treten können, also es geht ihm tatsächlich auch um die Beschleunigung des Verkehrs und auch des Individualverkehrs, ich glaube, die

meisten von euch, von Ihnen kennen das natürlich, wie lästig das ist, wenn es keinen Stau gibt, sondern wenn man zum Beispiel mehr oder weniger gemütlich beispielsweise die Triesterstraße fährt und man steht dann immer wieder vor roten Ampeln. Ich glaube auch nicht, dass man da einfach mittels einer Software das adaptieren kann und schneller machen kann und beschleunigen kann, sondern ich glaube, und das war natürlich auch bei uns im Klub die Meinung, dass eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs auch die Voraussetzung dafür ist, dass man die Kapazitäten des Verkehrs besser in den Griff bekommt, also das heißt, der öffentliche Verkehr selbst ist es, der attraktiver gemacht werden muss, der schneller gemacht werden muss, eben beispielsweise mit eigenen Busspuren, wie sie ja tatsächlich schon bestehen und das kann man durchaus noch ausbauen. Attraktiver gemacht werden durch kürzere Intervalle, durch längere Betriebszeiten und letztlich, und das ist uns auch ein wichtiges Anliegen, dass der öffentliche Verkehr vor allem auch billiger wird. Aus diesen Gründen, weil eben im Antragstext selbst drinnen steht, unter Aufhebung des Vorranges von Fahrzeugen der GVB, werden wir dem Antrag weder bei der Dringlichkeit zustimmen noch dem Inhalt nach. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Lohr! Weil du wieder die Umweltzonen erwähnt hast. Ich kann leider bei eurer Unterschriftenaktion meine Unterschrift nicht leisten, schade, und einfach deswegen und ich würde euch bitten, sagt das auch all jenen, denen ihr diese Unterschriftenliste vorlegt, ihr sagt immer, die Umweltzonen, das ist noch nicht klar, keiner von uns weiß, wie eine mögliche Umweltzone in Graz ausschauen soll. Es gibt dazu noch keine Vorlage von Landesseite, es gibt keinen konkreten Vorschlag für eine Umweltzone, das muss ausverhandelt werden und natürlich auch mit der Stadt Graz und natürlich auch mit allen beteiligten Interessensgruppen, das ist überhaupt keine Frage (*Applaus ÖVP*). Zweiter Punkt, zu dem konkreten Antrag. Eines ist klar, die Bevorrangung des ÖV hat gerade in einer Stadt und mit der Verkehrssituation, nämlich dass wir oft keine getrennten Fahrstreifen für den ÖV in der Stadt haben, eine wichtige Bedeutung. Dazu könnte die Aufhebung der Bevorrangung, wieder aus unserer Sicht, im gesamten Kontext der Verkehrspolitik, aber auch der Umweltsituation keinen Erfolg, ganz im Gegenteil, einen erheblichen Nachteil bringen und zum Abschluss mache ich

keinen dringlichen, sondern einen freundschaftlichen Antrag, organisieren wir doch für alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte einen Besuch bei unserem lieben Dipl.-Ing. Höpfl vom Straßenamt, um endlich diesen Mythos Verkehrsrechner zu entzaubern. Er macht dort die bestmögliche Arbeit, es war vor drei Wochen, es war unter keinen politischen Bedingungen, unter fachlichen Bedingungen, es war vor drei Wochen ein Symposium an der TU Graz zum Thema Ampelsteuerung. Ich würde übrigens dich und deine Fraktion auch bitten, zu so einer Veranstaltung zu kommen, wie auch zu der Diskussionsveranstaltung bei der Wirtschaftskammer, dort war ganz klar, es wird unter den gegebenen Möglichkeiten, mit der gegebenen Software, und wir setzen in Graz eine sehr moderne ein, es ist ein Konkurrenzprodukt zu dem in Hannover, wird das Bestmögliche unter den gegebenen Rahmenbedingungen geleistet. Es ist ein absoluter Mythos, dass irgendeine Software hier eine neue großartige grüne Welle schaffen wird und dass alles für die Autofahrer und für den ÖV damit gut wird. Deswegen mein Vorschlag, organisieren wir einen Termin, besuchen wir den Dipl.-Ing. Höpfl am Paulustor, schauen wir uns das an und reden uns das mit dem aus und dann werdet auch ihr zu dem Schluss kommen, dass die Situation dort sehr gut bearbeitet wird und der dringliche Antrag nicht notwendig ist, deswegen stimmen wir der Dringlichkeit auch nicht zu (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kollegen, lieber Kollege Lohr, lieber Roland! Dieser Antrag ist für mich so eine klassische Herumgeschichte der FPÖ, der ich die inhaltlich wirklich konsolidierte Basis nicht zuerkennen kann. Anscheinend schleicht die FPÖ durch die Geschichte und generiert sich heute als reinrassige Autofahrerpartei, ich erinnere aber an ihre erst jüngste Geschichte unter ihrem derzeitigen Landeshauptmann, wo sie sich im Jahre 2005 noch als City-Maut-Partei dargestellt hat, wo der Herr Landeshauptmann und damalige Stadtparteiobmann gemeint hat, eine City-Maut ist auch in anderen europäischen Städten denkbar, warum also nicht in Graz, und glaubt, 15 bis 25 % Reduzierung des Stadtverkehrs erreichen zu können. Vielleicht sollte da die FPÖ einmal in sich gehen und einmal überlegen, welchen Weg sie beschreitet und nicht einmal hüh und einmal hott rufen. Ich glaube, das ist nicht der Weg, der bei den Bürgern ankommen kann. Denn ich frage mich, wohin hüpfst die FPÖ als Nächstes, ich bin schon gespannt, wir

werden sicherlich da unsere Erfahrungen machen. Ich glaube stattdessen, dass wir einen sachlich fundierten Weg gehen müssen, denn es gilt bei der Problematik abzuwägen, was kann bei einer Maßnahme an positiven Umwelteffekten erreicht werden, das ist die eine Seite, was jetzt auch den Individualverkehr betrifft, auf Grund des Antrages, die zweite Seite ist aber auch zum Beispiel, wie viel Zeit geht verloren, wenn jemand im öffentlichen Verkehrs unterwegs ist, wenn er zum Beispiel vom Park-&-Ride-Parkplatz beim Murpark in die Innenstadt will, zum Hauptplatz, zum Jakominiplatz, gehen ihm bei einer allfälligen anderen Schaltung entsprechende Minuten verloren, dass das ganze öffentliche Verkehrssystem sozusagen ineffizient wird. Ich denke daher, dass hier wirklich ein größerer Gesamtblick zu treffen ist, einzunehmen ist, der die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch anstellt und wo hier abgewogen werden kann auf Basis einer wissenschaftlich fundierten Grundlage. Ich rege daher an zu diesem Thema, dass hier wirklich seitens der Stadt Graz inhaltlich eine fundierte Basis für Graz geschaffen wird, die auch internationale europäische Beispiele miteinbaut, mitberücksichtigt und rege daher wirklich an, und ich habe das vorher auch mit einigen anderen Fraktionen schon vorbesprochen, dass hier eine Dissertation seitens der Stadt Graz in Auftrag gegeben wird und von mir aus auch zwei Diplomarbeiten, ich glaube, das kann sich die Stadt Graz noch leisten, um hier wirklich eine Grundlage, eine Diskussionsgrundlage zu bekommen, um hier der Sache näher zugehen. Denn abschließend, glaube ich, kann es nicht die ultima Ratio sein, einfach nur, einfach nur, weil es schneller geht, von der Trauttmannsdorffgasse 3 zum Rathaus zu kommen mit dem Auto, das kann nicht die ultima Ratio sein, nach der wir hier im Gemeinderat bestimmen sollen. Wir lehnen daher diesen Antrag ab (*Applaus BZÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! So, jetzt muss ich mich tummeln, dass ich mit allen Kollegen, sozusagen, nicht fertig werde, damit ich ihnen ein paar Worte noch mitgeben kann. Zum Kollegen Eichberger sage ich einmal, danke, dass er erkannt hat, dass die Frau Vizebürgermeisterin da säumig ist, was den Verkehrsfluss in Graz betrifft, schade, dass ihr nicht mitstimmt. Zur grünen Kollegin, ja da weiß ich nicht wirklich, mit wem Sie beim Gericht telefoniert haben, ein Gerichtsurteil ist keine Expertise, und wir haben da schon sehr gut recherchiert.

Gegen dieses Gerichtsurteil ist auch eine Berufung momentan in Arbeit, also das ist noch nicht der endgültige Schluss. Ich darf auch noch ein paar Zahlen nennen, wie gesagt, in Hannover hat das die Reisezeit um 22 %, die Wartezeit um 47 %, die Anzahl der Halte um 36 % verringert, und für die Grünen vielleicht nicht uninteressant, es sind 600 Tonnen Kohlendioxidausstoß in diesem Jahr eingespart worden, wo diese Ampelschaltung benutzt wurde. Zum Kollegen Mayr sage ich danke für die Einladung, wir werden uns einmal den Verkehrsrechner gemeinsam anschauen. Allerdings die Botschaft habe ich gerne vernommen, allein fehlt mir ein bisschen der Glaube, weil die Beamtenschaft hat ja schon in einem Zeitungsartikel zugegeben, dass es ein politische Vorgabe, die hier auch durchaus erfüllt wird und die da Einfluss auf das Programm des Rechners nimmt. Zum Kollegen Mariacher, ich würde mich freuen, wenn die Freiheitlichen den Landeshauptmann stellen, dann würde einiges anders passieren und dann hätten wir auch in Graz vielleicht ein bessere Verkehrspolitik (*Applaus FPÖ*). Und ganz zum Schluss noch ein Wort zum Kollegen Hagenauer, in Punkto Umweltzonen hat er mir ja vorgeworfen, dass ich bei den Bürgern bin und Unterschriften sammle. Ja, das ist mein gutes Recht als Gemeindepolitiker, dass ich bei den Leuten bin, ihre Sorgen, ihre Nöte aufnehme und hier herinnen transportiere (*Applaus FPÖ*). Er hat hier auch ein Zitat gebracht, in dem er gesagt hat, nicht an den Worten, an den Taten sollte ihr sie messen. Da schlage ich zurück aus der gleichen Quelle, seht euch vor, vor den falschen Propheten, die im Schafskleidung zu euch kommen, inwendig sind sie reißende Wölfe. Danke und bitte um Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Durchführung einer Schwerpunktaktion „Zur Sicherheit: Licht an“! für Radfahrerinnen & Radfahrer während der Dämmerungs- und Nachtzeiten

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sie kennen die Jahreszeit. Der Winter steht vor der Türe. Die hellen Tageszeiten sind verkürzt, die Nächte werden dementsprechend länger.

In dieser dunklen Jahreszeit ist jedoch besonders auffällig, dass zahlreiche Radfahrerinnen und Radfahrer in Graz gänzlich ohne Licht oder mit defekten beziehungsweise mangelhaften Lampen und Reflektoren im Straßenverkehr unterwegs sind. Sie gefährden damit sowohl ihre eigene Sicherheit und Gesundheit, wie besonders jene von Fußgängerinnen und Fußgängern, die nach den Fahrradfahrern direkt als schwächste Verkehrsteilnehmer zu gelten haben.

Eine aktuelle Studie des ADAC schätzt basierend auf durchgeführte Stichproben in elf deutschen Städten den Anteil jener, die bei Dunkelheit ohne Licht fahren und deren Beleuchtung nicht funktionierte oder nicht eingeschaltet war, auf knapp 40%. Weiteren 12% fehlten Scheinwerfer oder Schlussleuchte gänzlich. Sinngleiches gilt sicher auch für die gerade bei Radfahrern ähnlich wichtigen Reflektoren.

2008 starben in Österreich 62 Fahrradfahrer, was im Vergleich zu 2007 ein Plus von 25 Toten ist bei Straßenverkehrsunfällen. Weitere 5.559 Radfahrer wurden 2008 in Österreich in Verkehrsunfälle verwickelt und verletzt.

Besonders in der Dunkelheit ist die Gefahr sehr groß, dass Radfahrer vor ihnen befindliche Hindernisse ohne Licht nicht oder nur zu spät erkennen. Auch andere Verkehrsteilnehmer, besonders Fußgängerinnen und Fußgänger, aber auch Pkw- und Lkw-Lenker, werden durch die mangelnde Möglichkeit, Radfahrer rechtzeitig erkennen zu können, massiv gefährdet beziehungsweise laufen Gefahr, unschuldig in einen Unfall - vielfach mit Personenschaden - verwickelt zu werden.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird aufgefordert, die Polizei der Stadt Graz zu ersuchen, eine Schwerpunktaktion „Zur Sicherheit: Licht an!“ für Radfahrerinnen und Radfahrer während der Dämmerungs- und Nachtstunden in Graz durchzuführen.
2. Der Gemeinderat ersucht das zuständige Mitglied des Stadtsenates, über das bereits bestehende Ausmaß hinaus die Förderungen von Aktionen betreffend die Beleuchtung von Fahrrädern zu verstärken. Bitte um Annahme.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann es relativ kurz machen für die sozialdemokratische Partei, nachdem der Kollege Schröck dann draufgekommen ist, dass sein erster dringlicher Antrag doch nicht an die richtige Stelle sich gewandt hat, nämlich an die Ordnungswache, die nicht zuständig ist und er das jetzt insofern abgeändert hat, dass jetzt der Herr Bürgermeister gebeten wird, mit der Grazer Polizei zu sprechen und wir uns natürlich auch dazu bekennen, wenn es um Sicherheitsfragen geht und wenn es hier um Maßnahmen geht, um sowohl die Radfahrer selbst als auch die anderen Verkehrsteilnehmer hier in Graz zu schützen und vor Gefahren zu bewahren, werden wir natürlich auch in diesem Sinne sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hagenauer** zum Antrag: Ich möchte mich einleitend beim Herrn Kollegen Schröck für die doch recht eindrucksvollen literarischen Versuche einmal bedanken.

Sie haben das gelesen, es ist Herbstzeit, der Winter steht vor der Türe, die hellen Tageszeiten sind verkürzt. Ich darf, Herr Kollege, ich will Ihnen nicht nahetreten, einen Gegenvorschlag machen, die Schwierigkeit wächst ganz erheblich, im Herbst besonders, wenn es neblig (*Applaus Grüne*), Eugen Roth. Das ist in der Tat der Sinn des Antrages, dem wir zustimmen, diese Erkenntnis ist nicht überraschend, ich zitiere in der dunklen Jahreszeit treten, vor allem nicht beleuchtete Radfahrer mehr auf, das ist richtig beobachtet, und es ist auch richtig beobachtet, dass in der Tat ein sehr hoher, viel zu hoher Anteil an Radfahrern wirklich unbeleuchtet unterwegs ist, auch bei uns in Graz. Daher werden wir also, und ich beantrage eine punktuelle Abstimmung, dem Punkt 2 zustimmen, dem Punkt 1 nicht, weil wir eine Planquadrataktion der Polizei in dem Zusammenhang für völlig inadäquat halten aus mehreren Gründen. Erstens ist ein Radfahrer nicht zu vergleichen, und wird aber nach der Straßenverkehrsordnung und nach den Strafen mehr oder weniger gleichgestellt mit demselben Vergehen, das ein Kraftfahrzeuglenker machen würde, das heißt, die Strafen sind ungeheuer hoch und völlig inadäquat, zum Zweiten ist es die falsche Botschaft, sage ich auch so ganz direkt heraus, es hat keinen Sinn, ist die falsche Botschaft und zum Dritten ist es auch so, wie wir aus unzähligen BZÖ-Anträgen wissen, haben wir gar nicht die Polizei zur Verfügung, die etwas Derartiges machen könnte. Daher, wie gesagt zum Punkt 2 unsere Zustimmung, stimmen wir gerne zu, es gibt diese Aktionen bereits, an denen die Polizei auch mitwirkt, durchgeführt von ARGUS oder von wem immer, sind wir gerne dafür. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck**: Herr Kollege Hagenauer, danke, ich sehe, Sie haben den gleichen Poesieworkshop besucht wie ich. Danke auch, dass Sie zumindest einmal die Dringlichkeit des Antrages erkannt haben, danke auch, dass Sie zumindest teilweise in einem Punkt Ihre inhaltliche Zustimmung erteilen werden. Ich kann nur teilweise nachvollziehen, warum dem ersten Punkt nicht zugestimmt wird, denn im ersten Punkt geht es mir darum, ein Bewusstsein bei den Radfahrerinnen und Radfahrern zu schaffen. Denn Radfahrer, die ohne Licht des Nächtens unterwegs sind, wissen ja ohnehin, dass sie sich selbst und andere Verkehrsteilnehmer in Gefahr bringen und nehmen das auch wissentlich in Kauf. Und diesen Verkehrsteilnehmern da nur gut

zuzureden oder mit Handauflegen dazu bewegen, dass sie halt doch das Licht einschalten oder Licht montieren, das wird halt zu wenig sein. Wenn jemand abgemahnt wird und bestraft wird, so wird er sich das das nächste Mal zweimal überlegen, ob er dieses Licht nicht doch einschaltet oder montiert. Und diskutieren kann man, aber, wie Sie es gesagt haben, über die Höhe der Strafe. Festzuhalten ist, und das möchte ich auch betonen, dass es mir eben aber grundsätzlich nicht ums Strafen geht, sondern um die Verkehrssicherheit und um ein Bewusstsein zu schaffen. Danke (*Applaus BZÖ*).

Der dringliche Antrag wurde im Punkt 1) mit Mehrheit abgelehnt.

Der dringliche Antrag wurde im Punkt 2) einstimmig angenommen.

8) „Fahrrad fahrende Kinder schützen“; Petition an den Nationalrat zur Einführung der verpflichtenden Radhelmbenützung für Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 15 Jahren

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Bei diesem dringlichen Antrag geht es zwar um eine Petition, aber zu einem ganz entscheidenden Thema, nämlich der Einführung der Fahrradhelmpflicht für Kinder, wir haben es bis zum vollendeten 15. Lebensjahr definiert. Die Wichtigkeit dieser Maßnahme wird unterstrichen, wenn man bedenkt, dass wir vor längerer Zeit selber die Entwicklung durchgemacht haben, die dazu geführt hat, dass wir die Autogurte in den Pkws einbauen, teilweise nachgebaut haben und die sich bewährt haben. Gleiches gilt für die Helmpflicht oder das Helmverwenden bei Kinderrädern, bei Kindern, die mit dem Fahrrad unterwegs sind. Besser ein Helm am Kopf als ein Loch im Kopf, könnte man auch sagen. Wenn man sich anschaut und einen Rundblick macht in den benachbarten europäischen Ländern, aber auch in den asiatischen Staaten oder in den USA, so sieht man, dass

die Helmpflicht vielerorts bereits eingeführt worden ist (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). In Finnland besteht seit mehreren Jahren eine Helmpflicht, und auf dieses Land komme ich nachher noch besonders zu sprechen. Wir haben aber auch die eingeführte Helmpflicht zum Beispiel andersweit in Neuseeland, in Australien in einigen Gebieten, in einigen Bundesstaaten auch von den USA und die werden sich sicherlich das auch sehr gut überlegt haben. Wenn ich mir den Kollegen Hagenauer zu einem anderen Punkt, wie er heute gemeint hat, der ADAC betreibt ja nur Autofahrerinteressen, so könnte man natürlich bei diesem Punkt sagen, wenn die Allianzversicherung sehr stark für die Helmpflicht eintritt, na ja, die wollen vielleicht da einen Versicherungsmarkt anstreben. Aber es gibt zahlreiche hochkarätige Institutionen, die fern dieses Einflusses stehen und die sich ganz eindeutig in diese Richtung artikulieren. Ich denke zum Beispiel erwähnen zu können die Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde in Österreich, zum Beispiel die deutsche Gesellschaft für Neurochirurgie, die sicherlich im Grunde ihre Arbeitsplätze wegrationalisieren würde, wenn das eingeführt wird, so könnte man ja auch argumentieren, aber ich glaube, dass da das Verantwortungsgefühl das Stärkere, das Ausschlaggebendere ist, aber wir haben auch zum Beispiel die Österreichische Gesellschaft für Unfallchirurgie, die sich ganz massiv dafür stark macht. Und wenn ich mir anschau von der Deutschen neurochirurgischen Gesellschaft den Prof. Unterberg, wenn ich ihn zitieren darf: „So wie bei den Motorradfahrern auch, das ist ein Präventionsmittel, um schwere Schädel-Hirn-Verletzungen bei den Radfahrern zu verhindern und es sind immerhin 35 % sämtlicher Verletzungen, die bei Kindern, die mit dem Rad verunglücken, entstehen, die eine Kopfverletzung aufweisen oder die Anzahl der Schwere zu vermindern.“ Es ist unbestritten, dass das eine sinnvolle Maßnahme ist, beim Radfahren einen Helm zu tragen. Mit einer Helmpflicht würde man das selbstverständlich noch untermauern und unterstützen. Der Fahrradhelm kann dazu beitragen, dass 80 % der Schädelbrüche und Gehirnblutungen verhindert werden. Das sind Dinge, die das Leben unserer jungen Menschen ganz wesentlich beeinflussen. Es entscheidet möglicherweise über Leben und Tod, es entscheidet darüber, ob das Kind wieder genesen wird, ob es ein Pflegefall wird oder ob es einen normalen gesunden Lebensweg vollziehen kann. Und das Entscheidende dabei ist, dass diese Maßnahme, die wir in Österreich haben möchten, und daher eine Petition an den Nationalrat, eine ist, die wirklich evidenzbasiert ist, nach den EBM-Kriterien, die es in

Österreich gibt und es zahlreiche internationale Studien gibt, die hier zu dieser Aussage in ihrer Quintessenz gekommen sind. Ich erinnere dabei zum Beispiel an die Health Evidence Network Studie von Towner und Errington „How can injuries in children and older people be prevented?“ vom Oktober 2004 oder ich erinnere an die britische Studie von Svanström, Welander, Ekman und Schelp, „Development of an Swedish bicycle helmet promotion programme – one decade of experiences“ und sie kommen in dieser Studie zu der ganz klaren, ich kann es auch übersetzen für die, die es nicht verstehen, zu der ganz klaren Aussage „Our 10 years of experiences from a bicycle helmet promotion programme lead to the conclusion that there ist a case for mandatory helmet-wearing, as one oft he most important strategies on the national level“, das heißt, diese Maßnahme führt evidenzbasiert zum zwingenden Ergebnis, dass hier gesundheitliche positive Effekte passiert wären, die eigentlich in einer Aussage münden: Unfälle sind nicht unvermeidbar, sondern können verhindert werden. In diesem Sinne bitte ich um Annahme dieses Antrages. Dankesehr (*Applaus BZÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.30 Uhr den Vorsitz.

GR. **Hagenauer** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein ernstes Thema, sage ich vorweg. Ich möchte meine Wortmeldung in zwei Teile gliedern, das erste die formale Frage, nämlich unmittelbar natürlich zusammenhängend mit der Frage der Dringlichkeit. Wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass all das, wenn es so stimmen würde, wie der Herr Kollege Mariacher es vorgetragen hat, ist kein spezifisches Grazer Problem, es ist ein Problem, das Kinder betrifft, die mit dem Rad unterwegs sind, egal wie man dazu steht zur Helmpflicht, so oder so. Ein sehr gutes Beispiel, was man eben, wir hatten heute vom Fraktionskollegen Grosz schon genau die Aussage, wir sollten uns das gründlich überlegen, was wir hier in Petitionen hinschreiben an wen immer. Europäische Union, ob wir Europaparlament spielen, Nationalrat spielen oder Landtag oder was immer. Es ist berechtigt, wenn man ein spezifisches Grazer Problem hat, da sind auch solche heute schon behandelt

worden, das ist es nicht. Das ist ein Problem der Sicherheit, der Unfallhäufigkeit für alle Radfahrer beziehungsweise Rad fahrenden Kinder, zum Ersten. Zum Zweiten in dem Zusammenhang, es gibt tatsächlich in dem Zusammenhang auf Bundesebene schon seit vielen Monaten eine Debatte, dort sitzt alles drinnen, was auf dem Gebiet tatsächlich etwas zu sagen hat, da sitzen alle Organisationen von ÖAMTC bis zur Radfahrerlobby im Ministerium, Kuratorium etc, etc, drinnen und die behandeln dieses Thema ausführlich und gründlich seit Monaten. Ich zitiere nur ein Teilergebnis dieses Unterausschusses: Von 26 Maßnahmen, die also dort diskutiert wurden, Fragestellungen und Problemfelder im Bereich des Radverkehrs ist die Maßnahme Radhelm, Wirksamkeit, Untersuchungen, die Nummer 26 eigenartigerweise. Während andere Dinge wie Benützungspflicht von Radwegen, Vorrangregeln, Information der Bevölkerung, Radfahrüberfahrt, Fahrradstraßen, Fahrradtypen, nebeneinander fahren etc., unter den ersten Zehn landen. Und jetzt noch ein paar Geschichten auch, um nur zu zeigen, dass wir hier als Gemeinderat nicht in der Lage sind, eine derartige Thematik jetzt wirklich mit der Gründlichkeit zu diskutieren und zu behandeln und daher auch keine Dringlichkeit besteht logischerweise. Es gibt nämlich nicht nur die von Ihnen zitierten Untersuchungen, es gibt auch andere, nämlich zum Beispiel die also ergeben haben, dass es einen ganz eklatanten Zusammenhang gibt zwischen dem Anteil von Radfahrern und der Sicherheit vom Radfahrern, also eigenartigerweise ist in Ländern wie in Dänemark und in Holland die Unfallhäufigkeit bei Radfahrern in etwa nur ein Viertel von dem, wie sie bei uns betragen. Das heißt, es gibt ganz andere und wesentlich geeignetere Maßnahmen, als den Radfahrern den Helm aufzuzwingen, sage ich jetzt einmal. Die Untersuchung gibt es übrigens auch, und es hat in Neuseeland dazu geführt, Australien gibt es die Untersuchungen und in anderen Ländern auch, die Einführung von Benützungspflicht von Helmen bei Radfahrern hat dazu geführt, dass weniger Rad gefahren wird, während andere Dinge, ich muss Ihnen nicht sagen, an der Luftverschmutzung infolge von Kfz-Verkehr sterben zirka sechsmal so viele Menschen in Österreich als bei Unfällen auf der Straße und infolge von körperlicher Untätigkeit sind es achtmal so viele, aber das wissen Sie wahrscheinlich. Danke (*Applaus Grüne*).

GRin. **Benedik:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerhard! Natürlich will ein jeder Fahrrad fahrende Kinder schützen. Ich würde sagen, auch wenn du den Antrag kürzer gehalten hättest, hätte es auch gepasst, ich würde sagen, in der Kürze liegt die Würze. Ich möchte aber hier einen Denkanstoß, um die geplagten Geldbörsel der Eltern von schulpflichtigen Kindern zu schonen, hier geben. Vom Landesschulrat wird gemeinsam mit einigen Sponsoren, unter anderem auch von der AUVA, seit einigen Jahren eine Aktion gestartet, bei der zur Unfallprävention Fahrradhelme an Kinder günstig abgegeben wird. Der Preis eines solchen Helmes liegt etwa bei fünf oder sieben Euro. Es liegt dabei aber im Ermessen einer jeden Schule, sich daran zu beteiligen. Da dies aber einen zeitlichen Mehraufwand für Direktoren und Lehrpersonen bedeutet, findet diese Aktion nicht in jeder Schule Anklang. Vielleicht könnte man gerade hier in städtischen Pflichtschulen diese Schulen in die Pflicht nehmen, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Hier wäre besonders, leider ist sie jetzt nicht da, unsere Stadtschulrätin Frau Sonja Grabner angesprochen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Mayr:** Sehr verehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist vorher ausgeführt worden die Thematik, wird derzeit diskutiert, es ist wieder einmal auch schon seit längerem eine Novelle der Straßenverkehrsordnung in Ausarbeitung und da gibt es auch heftige Diskussionen zum Thema Rad, zu vielen Themenbereichen, aber natürlich auch zur Sicherheit und zur Radhelmbenutzung; belassen wir die Diskussionen dort, wo sie hingehören, erster Punkt. Zweiter Punkt, die Ordnungswache wird auch in diesem Antrag von euch wieder einmal angesprochen. Die Ordnungswache sollte nach eurem Wunsch sehr viel und immer mehr und immer mehr Aufgaben bekommen, vor allem in einem Bereich, wo ihr auch dann von der gesetzlichen Situation her die Möglichkeit einzugreifen eigentlich fehlt. Daher sehen wir die Wichtigkeit, dass natürlich in der Bewusstseinsbildung einiges gemacht wird, das passiert ja auch in den Schulen, bei Aktionen, auch der Radfahrorganisationen, wir sehen aber insgesamt für die Antragspunkte, so wie ihr es hier formuliert habt, keine Dringlichkeit und deswegen wird die ÖVP-Fraktion diesem Antrag in dieser Form nicht zustimmen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe bewusst nicht vorhin bei meiner Rede die Kosten in den Mund genommen, die entstehen, die bei einem Schädel-Hirn-Trauma an stationärem Aufenthalt anfallen, die dort in der Intensivstation von Intensivschwestern, Intensivärzten zu erbringen ist, die tage- und wochenlang bangen um das Leben eines Kindes, das so einen Unfall erleidet. Und ich möchte noch einmal die Zahlen in Erinnerung rufen, 85 % der Kopfverletzungen, 88 % der Gehirnverletzungen durch Schädel-Hirn-Traumata können durch das Tragen eines Sturzhelmes vermieden werden. Ich denke bei den vielen, vielen Kindern, die wir in der Gemeinde Graz haben, die das Rad tagtäglich benützen und natürlich auch im öffentlichen Verkehr damit unterwegs sind, da brauchen wir nicht auf die nächsten Fälle warten, die wir im LKH-Graz im Universitätsklinikum, in der Kinderchirurgie besuchen möchten oder besuchen sollen, sondern dann sollten wir handeln. Noch dazu, Herr Kollege Hagenauer, wenn die wissenschaftlichen Studien bereits vorliegen und ich habe Sie ihnen vorgetragen und Sie sind jetzt bereits im Wissen, im Bewusstsein dessen, dass es diese Studien gibt, die ganz klar das unterstreichen und belegen, hier braucht man nicht mehr darüber diskutieren, wie der Sachverhalt ist. Der Sachverhalt ist klar vorgetragen und ich denke, die Überlebenschancen sollten wir den Kindern geben, die mit dem Fahrrad verunglücken, und eine weitere Zahl belegt, dass allein die Überlebenschance 95 % beträgt, wenn der Fahrer, in dem Fall das Kind, einen Fahrradhelm getragen hat, was brauchen wir dann noch konkreter für Zahlen? Und ich möchte gerade die Kollegen von der ÖVP daran erinnern, dass sehr führende Politiker ihrer Partei bereits diese Problematik erkannt haben und darf Ihnen zeigen einen ganz klaren Auszug über die Maßnahmen, die das Land Niederösterreich, Landeshauptmann Erwin Pröll, ergriffen hat, der eine Notmaßnahme für sein Bundesland verordnet hat, nämlich die Fahrradhelmpflicht für Kinder bis zum 15. Lebensjahr, die er dort, nachdem er selber die Straßenverkehrsordnung auch nicht ändern kann, in das niederösterreichische Sportgesetz reingeschrieben hat, und das aber dort nur gilt natürlich für das Gelände und nicht für die öffentlichen Straßen und Gehwege. Das rufe ich Ihnen in Erinnerung und sage Ihnen, dass wir als BZÖ mit diesem Thema auf dem richtigen Weg sind, und wir werden nicht locker lassen. Danke (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, möchte nur noch anmerken, dass es da nicht um den Inhalt geht, sondern dass es in erster Linie darum geht, dass etwas in Wien schon in Behandlung ist und dass das ein vernünftiger Vorstoß ist. Es geht jetzt aber um die Dringlichkeit und über die stimmen wir jetzt ab.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.